

Tätigkeitsbericht

Staatsrat

—

2019



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld	5
2.1	Internationales Umfeld	5
2.2	Schweizer Konjunktur	5
2.3	Freiburger Wirtschaft	6
3	Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten	6
3.1	Freiburg setzt sich als Wirtschafts- und Innovationszentrum durch	6
3.2	Freiburg gelingt der Zusammenschluss des Kantonszentrums	7
3.3	Freiburg macht seine Revolution 4.0	7
3.4	Die Beschäftigung fördern	8
3.4.1	Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stimulieren	8
3.4.2	Wirtschaftliche Entwicklung und neue Ansiedlungen fördern	8
3.4.3	Qualitativ hochstehende Ausbildung und Zweisprachigkeit fördern	8
3.4.4	Führend im Nahrungsmittelsektor werden	10
3.4.5	Den Tourismussektor dynamisieren	10
3.4.6	Mit gutem Beispiel vorangehen	11
3.4.7	Gesetzgebungsprojekte der Zielsetzung Nr. 1 «Die Beschäftigung fördern»	11
3.5	Den Kanton modernisieren	11
3.5.1	Die Regionen und Territorialstrukturen entwickeln	11
3.5.2	Die Raumplanung effizient gestalten	12
3.5.3	Die Infrastrukturen anpassen	12
3.5.4	Die nachhaltige Mobilität fördern	13
3.5.5	Den Service-Public und die Transparenz stärken	13
3.5.6	Die Tätigkeit des Staates Freiburg digitalisieren	13
3.5.7	Gesetzgebungsprojekte der Zielsetzung Nr. 2 «Den Kanton modernisieren»	14
3.6	Die Lebensqualität verbessern	14
3.6.1	Die Gesundheit bewahren und fördern	14
3.6.2	Den sozialen Zusammenhalt und das Image des Kantons unterstützen	15
3.6.3	Den Zugang zur Kultur, zum kulturellen Erbe und zum Sport fördern und Talente unterstützen	16
3.6.4	Die natürlichen Ressourcen erhalten	17
3.6.5	Die Sicherheit gewährleisten	19
3.6.6	Die richterliche Gewalt reorganisieren	19
3.6.7	Gesetzgebungsprojekte der Zielsetzung Nr. 3 «Die Lebensqualität verbessern»	20

4	Staatsratsjahr	20
4.1	Sitzungen	20
4.2	Arbeitstreffen	20
4.3	Besuche und Empfänge	21
4.4	100-Jährige	22
5	Aussenbeziehungen	22
5.1	Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	22
5.2	ch Stiftung	23
5.3	Direktorenkonferenzen	23
5.4	Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	25
5.5	Bilaterale Treffen zwischen Regierungen	26
5.6	Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständerätinnen und -räten und zu den Bundesbehörden	26
5.7	Vernehmlassungen des Bundes	26
6	Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2019 gefassten Beschlüsse	26
6.1	Investitionsrechnung	27
6.2	Erfolgsrechnung	27
6.3	Gesetzes- und Dekretsentwürfe, die im Jahr 2019 geprüft wurden (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)	28
7	Personalbestand	32
8	Parlamentarische Vorstösse	32

1 Einleitung

In Artikel 109 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 wird bestimmt, dass der Staatsrat dem Grossen Rat jedes Jahr über seine Tätigkeit und den Stand der Umsetzung des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode Auskunft gibt.

Der Tätigkeitsbericht über das Jahr 2019 folgt dem Modell der Berichte seit dem Jahr 2007 und berücksichtigt beide Elemente, über die dem Grossen Rat Auskunft erteilt werden muss. Er besteht aus zwei Teilen: Im ersten wird über die Tätigkeit des Staatsrats berichtet, und nach einer kurzen Übersicht über das konjunkturelle Umfeld im Berichtsjahr wird über die Umsetzung mehrerer Vorzeigeprojekte und der Herausforderungen des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode informiert. Im zweiten werden nach einem gemeinsamen Raster die Tätigkeiten der Direktionen und der Staatskanzlei dargestellt; dazu kommt ein Sonderdruck über die Aussenbeziehungen (insgesamt 10 Dokumente). Die Änderungen bei der Art der Ausgabe, die für das Jahr 2013 erstmals zur Anwendung kamen, vermochten zu überzeugen. Die Bemühungen, die Tätigkeitsberichte zu kürzen und so einem Ersuchen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission nachzukommen, wurden fortgesetzt. Die vollständige Version des Berichts des Staatsrats wird nicht mehr gedruckt. Alle Dokumente stehen auf den Websites des Staatsrats und der Direktionen zur Verfügung.

2 Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld

2.1 Internationales Umfeld

Der in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 begonnene weltweite Wirtschaftsabschwung hat sich im Jahr 2019 bestätigt. Der Internationale Währungsfonds (IWF), der im Frühjahr dieses Jahres noch ein reales Wachstum von 3,4 % prognostiziert hatte, reduzierte seine Prognose im Oktober auf 3 %, die niedrigste globale Wachstumsrate seit der Finanzkrise von 2009. Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem zunehmenden Protektionismus und dem Brexit belasten die Wirtschaft weiterhin, aber einige Experten weisen auch auf strukturelle Aspekte wie eine alternde Bevölkerung und ein bescheidenes Produktivitätswachstum hin. Ausserdem kommt es mehr oder weniger überall zu politischen Krisen, die Überschuldung gewisser Länder ist nach wie vor ungelöst, und das Risiko eines bösen Erwachens nach einer Phase expansiver Geldpolitik vieler Zentralbanken ist nicht auszuschliessen. Dennoch wird eine zaghafte Wiederaufnahme des Wachstums im Jahr 2020 erwartet, die von einigen Schwellenländern wie z.B. Indien angetrieben wird.

2.2 Schweizer Konjunktur

Auch in der Schweiz hat die Expertengruppe des Bundes ihre Prognosen im Laufe des Jahres nach unten korrigiert. Das für 2019 erwartete reale Wachstum ist von 1,2 % im Juni auf 0,8 % im Oktober gesunken. Die Prognose für das Jahr 2020 (1,7 %) bleibt hingegen relativ hoch, was allerdings zum Teil auf die zu erwartenden Auswirkungen von Sportgrossveranstaltungen zurückzuführen ist, deren Veranstalter in der Schweiz ansässig sind. Seit Mitte des Jahres gibt der starke Schweizer Franken den Exportindustrien, die bereits stark unter der rückläufigen Handelspolitik leiden, wieder Anlass zur Sorge. Die Expertengruppe erwartet ein unterdurchschnittliches Wachstum der Exporte (und auch der Importe). In der Industrie wird nur noch zögernd investiert. Bereits seit dem Sommer sinkt die Auslastung der technischen Produktionskapazitäten mangels Nachfrage. Der Bestellungseingang entwickelt sich ebenfalls zögerlich, insbesondere in der Maschinen-, Elektrogeräte- und Metallindustrie (MEM). Auch der Bausektor ist rückläufig. Trotz der anspornenden Wirkung des niedrigen Zinsniveaus, das nach wie vor die Produktion stützt,

steigt die Leerwohnungsquote während die Zahl der Baugenehmigungen abnimmt, alles Anzeichen für eine gewisse Sättigung des Marktes. Die Arbeitslosenquote bleibt jedoch niedrig, die Inflation gering und der private Konsum lebhaft!

2.3 Freiburger Wirtschaft

Die Freiburger Wirtschaft kann sich dem zaghaften internationalen und nationalen Umfeld und den konjunkturellen Turbulenzen nicht entziehen. Die Schwierigkeiten gewisser Unternehmen im Jahr 2019 zeugen davon. Zudem erlebt der Kanton seit 2015 eine spürbare Abnahme seines Bevölkerungswachstums, eine Verlangsamung, die a priori negative Auswirkungen auf bestimmte Wirtschaftszweige wie das Baugewerbe oder die bevölkerungsbezogenen Dienstleistungen erwarten lässt. Vor allem dank der relativ stabilen Binnennachfrage und einer diversifizierten Wirtschaft scheint sich Freiburg jedoch recht gut zu behaupten. Die jüngsten offiziellen Wachstumszahlen des Bundesamtes für Statistik beziehen sich auf das Jahr 2017, in dem Freiburg ein reales Wachstum von 2,3 % verzeichnete, 0,5 Punkte mehr als das nationale Wachstum (1,8 %). Gemäss Prognosen des Centre de recherche en économie appliquée der Universität Lausanne (CREA) und der Expertengruppe des Bundes hat sich das Wachstum auch 2018 gut gehalten, ist aber 2019 zurückgegangen. Für den Kanton Freiburg rechnen sie mit 2,2 % respektive 1 %. Gegenwärtig ist für das Jahr 2020 keine kräftige Erholung zu erwarten, da die Experten des CREA nur ein Wachstum von 1,1 % prognostizieren. Es ist zu bemerken, dass die Leistung Freiburgs in den Jahren 2018 und 2020, im Gegensatz zu 2017 und 2019, sicherlich unter dem Landesdurchschnitt liegen wird, denn die internationalen Sportgrossanlässe werden in den Heimatkantonen der Organisatoren Auswirkungen haben, zu denen Freiburg nicht gehört.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass 2019 ein Jahr mit schwachem Wirtschaftswachstum gewesen ist, sei es auf globaler, nationaler oder Freiburger Ebene. Das Schicksal der Wirtschaft im Jahr 2020 hängt davon ab, ob sich die oben genannten Risiken bewahrheiten werden: Handelsstreit zwischen den USA und China, Brexit ohne Abkommen, Überschuldungskrise, starker Franken usw. Angesichts der Besonderheiten der Freiburger Wirtschaft müssen wir diese Liste um die Risiken in Zusammenhang mit dem abgeschwächten Bevölkerungswachstum ergänzen, insbesondere im Bausektor und bei bestimmten Dienstleistungen für die Bevölkerung, wie z.B. im Einzelhandel. Im gegenwärtigen Zeitpunkt meinen die Experten, dass die Situation nahezu unverändert bleibt oder sich sogar leicht erholen könnte.

Quelle: Amt für Statistik (Stata)

3 Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten

Drei Hauptprojekte für die Zukunft des Kantons

3.1 Freiburg setzt sich als Wirtschafts- und Innovationszentrum durch

Die Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes (WFG) ist am 1. Oktober 2018 in Kraft getreten. Das revidierte Gesetz ermöglicht eine deutlich bessere Unterstützung von Unternehmen, insbesondere KMU, und zielt darauf ab, ihre Innovationsbemühungen zu fördern. Die Instrumente, mit denen Unternehmensgründungen finanziell unterstützt werden (Seed-Darlehen und Risikokapital) verfügen nun über eine gesetzliche Grundlage, die ihren Fortbestand gewährleistet. Der Grosse Rat hat zudem im Dezember 2018 das Finanzdekret verabschiedet, das diese Instrumente mit den nötigen Mitteln für die kommenden Jahre ausstattet. Darüber hinaus hat der Grosse Rat am 18. Oktober 2019 das Gesetz über die aktive Bodenpolitik (ABPG) verabschiedet, das am 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist.

Der AgriCo-Campus in Saint-Aubin wurde am 16. Oktober 2019 offiziell lanciert. Dieser Standort, der dem Lebensmittelbereich und der Biomasse gewidmet ist, wird in mehreren Schritten ausgebaut und verfügt über das nötige Potenzial, um rund zwanzig KMU und fünf Industriebetriebe zu beherbergen. Langfristig sollen auf dem Gelände 1600 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Gewinner des Wettbewerbs Agri & Co Challenge haben sich im Laufe des Jahres 2019 nach und nach am Standort niedergelassen und ihre Tätigkeit aufgenommen.

Freiburg stärkt das Kantonszentrum

Es ist geplant, dass die Armee 2023 die Poya-Kaserne in der Stadt Freiburg verlassen wird. 2019 fand im Rahmen einer interdisziplinären und direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe ein erster Gedankenaustausch zur Entwicklung des Standorts statt.

3.2 Freiburg gelingt der Zusammenschluss des Kantonszentrums

2019 hat die konstituierende Versammlung Grossfreiburgs wichtige Arbeiten durchgeführt. Die Ergebnisse der Tätigkeiten der Arbeitsgruppen wurden im Mai in die Vernehmlassung gegeben. Im Juli unterbreitete Grossfreiburg dem Staatsrat ein Gesuch um eine zusätzliche Finanzhilfe, die im Wesentlichen für die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Grossfreiburg bestimmt ist. Der Staatsrat hat verschiedene Grundsätze für eine solche Hilfe verabschiedet, namentlich, dass die so finanzierten Massnahmen zur Stärkung des Kantonszentrums beitragen und der gesamten Freiburger Bevölkerung zugutekommen müssen. Ein Bericht zu diesem Thema, mit dem das Parlament darum ersucht wird, zum Grundsatz einer solchen Hilfe Stellung zu nehmen, wurde dem Grossen Rat im Dezember überwiesen. Er sollte im Februar 2020 behandelt werden. Der Direktor der ILFD hat an der Sitzung der konstituierenden Versammlung vom 26. September teilgenommen. Er erinnerte daran, dass dem Staatsrat an einem Zustandekommen dieser Fusion gelegen ist und betonte, wie wichtig es ist, dass sich sowohl der Staat als auch die betroffenen Gemeindebehörden für dieses Projekt einsetzen.

Das Projekt zur Überdeckung des Autobahnabschnitts A12 und zur Siedlungsentwicklung im Sektor Chamblioux-Bertigny hat 2019 bedeutende Fortschritte gemacht. Gestützt auf die Botschaft und das entsprechende Dekret hat der Grosse Rat an seiner Sitzung vom 23. Mai 2019 einem Projektierungskredit von 4,125 Millionen Franken zugestimmt. Eine Finanzierungsvereinbarung für die Kosten der Studien konnte Anfang Herbst von allen Partnern unterzeichnet werden. Die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des Projekts gingen weiter mit der Organisation des Studienauftrags (Ausarbeitung des Programms/Pflichtenheft und Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums). Der Wettbewerb wurde am 13. September lanciert. Am 11. und 13. November fanden die Zwischenbesprechungen statt. Die definitiven Projekte werden anlässlich der zweiten Besprechungstage im Februar 2020 behandelt werden.

3.3 Freiburg macht seine Revolution 4.0

Der Kanton Freiburg ist Teil einer gesellschaftlichen Revolution, die sich in einer Welt, in der die Informationstechnologien unsere Lebens- und Arbeitsweise tiefgreifend verändern, durchsetzt. Vor diesem Hintergrund und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons hat der Staatsrat beschlossen, die «Verwaltung 4.0» zu entwickeln. Dank Digitalisierung sollen die administrativen Schritte vereinfacht und die Dienstleistungen für die Bevölkerung besser verfügbar sowie zugänglicher und effizienter werden.

Im Hinblick darauf hat der Staatsrat einmal mehr den Informatik-Kreditrahmen deutlich erhöht, so dass er für 2020 mit insgesamt 50,7 Millionen budgetiert ist, also 7 Millionen Franken mehr als 2019. Alle Direktionen haben zur Umsetzung der Projekte in Zusammenhang mit den vier im Richtplan der Digitalisierung und der Informationssysteme festgelegten Ziele beigetragen. Die neuen technologischen Paradigmen wie die Cloud, die elektronischen Identifizierungsmittel und die elektronische Signatur, Digital Trust, der rechtliche Rahmen, der Datenschutz und auch die Datenauswertung sind Herausforderungen, aber auch Impulsgeber für das Gelingen der Digitalisierung beim Staat. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Verordnung über das kantonale Bezugssystem von Daten von Personen, von Organisationen und von Verzeichnissen verabschiedet worden ist.

Die Zielsetzungen des Regierungsprogramms 2017 – 2021

3.4 Die Beschäftigung fördern

3.4.1 Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stimulieren

Der kantonale Nutzungsplan (KNP) von blueFACTORY, der das Aussehen des Innovationsquartiers genauer definiert, ist in Kraft getreten. Somit kann die Firma Bluefactory Fribourg-Freiburg AG (BFF AG) nun ihre Neubauprojekte vorantreiben. Bei den geplanten Neubauten auf dem Gelände handelt es sich um das Gebäude des Smart Living Lab (SLL) und das Gebäude B der BFF AG, die beide nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung gebaut werden sollen. Am 19. Juni 2018 hat der Grosse Rat des Kantons Freiburg einen Kredit von 25 Millionen Franken für den Bau des SLL-Gebäudes gutgeheissen. Dieses Versuchsgebäude wird den Forscherinnen und Forschern des SLL bis 2023 zur Verfügung stehen. Dieses ehrgeizige Projekt, das eine Pionierrolle bei der effizienten Nutzung von Ressourcen einnehmen soll, wird die für 2050 gesetzten Energie- und Umweltziele der Schweiz mit einem 30-jährigen Vorsprung umsetzen. Gleichzeitig hat die BFF AG einen Projektauftrag für den Bau des Gebäudes B gestartet. In diesem Gebäude sollen bis 2022 Büro- und Laborflächen von rund 7000 m² nur acht Gehminuten vom Bahnhof Freiburg entfernt bereitgestellt werden.

Die auf dem blueFACTORY-Gelände niedergelassenen Technologieplattformen entwickeln sich weiter und leisten einen Beitrag an Projekte der Wirtschaftsförderung im Bereich des Wohnens der Zukunft, der Life Sciences und der Mobilität. Dank dem Biofactory Competence Center (BCC) kann sich der Kanton Freiburg als internationales Kompetenzzentrum in der Ausbildung von Personal in der biotechnologischen Produktion positionieren. Das Swiss Integrative Center for Human Health (SICHH) hat dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) einen Antrag auf Anerkennung als technologisches Kompetenzzentrum nach dem Vorbild des CSEM in Neuenburg oder des SITEM in Bern gestellt. Das SBFI prüft zurzeit das Gesuch und wird Ende 2020 darüber entscheiden.

Die anderen privaten Innovationsstandorte des Kantons (Marly Innovation Center und Le Vivier in Villaz-St-Pierre) profitieren von dieser Dynamik. Ihre Entwicklung ist ebenfalls erfreulich und sie ergänzen sich bestens.

3.4.2 Wirtschaftliche Entwicklung und neue Ansiedlungen fördern

Die Inkraftsetzung des revidierten Wirtschaftsförderungsgesetzes (WFG) im Oktober 2018 ist ein positiver Faktor, der neue Perspektiven eröffnet, um die Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort zu steigern.

Die Instrumente zur Förderung von Unternehmensgründungen sind im revidierten WFG fest verankert und verfügen über einen klaren finanziellen Rahmen für die nächsten Jahre. Die Einführung eines Bürgschaftsmechanismus ermöglicht es zudem, die wirtschaftliche Entwicklung der Freiburger KMU verstärkt zu unterstützen.

Die Niederlassung neuer, wertschöpfungsstarker Unternehmen von ausserhalb des Kantons bleibt jedoch unter den Erwartungen. Trotz einiger spezifischer Anfragen wird es immer schwieriger, neue Grossunternehmen in den Kanton zu locken. Zwischen Freiburg und seinen Nachbarkantonen sowie anderen Weltregionen herrscht, was die Attraktivität der Wirtschaftsstandorte betrifft, ein starker Wettbewerb. Nicht nur Freiburg spürt diesen verstärkten Wettbewerb, sondern auch das ganze Gebiet der Greater Geneva Berne area (GGBa) und andere Schweizer Regionen.

3.4.3 Qualitativ hochstehende Ausbildung und Zweisprachigkeit fördern

Die Umsetzung des 2017 verabschiedeten kantonalen Konzepts für die Integration von Medien, Bildern, Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht (Medien und IKT) wurde 2019 fortgesetzt, namentlich mit der Einführung des Informatikunterrichts im Rahmen des Lehrplans 21, der Einführung von Informatik als Pflichtfach im Gymnasium ab Schuljahresbeginn, dem Pilotprojekt BYOD (Bring Your Own Device) in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe 2 sowie mit Projekten im Rahmen der Initiative «Berufsbildung 2030». Die Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP) hat im Berichtsjahr den Entwurf eines Rahmenlehrplans für die digitale Bildung während der obligatorischen Schule in französischer Sprache in die Vernehmlassung gegeben; konkrete Massnahmen werden für das Jahr 2020 erwartet. Wie sich im Jahr 2019 gezeigt hat, war die Zusammenlegung der Fachstelle fri-tic und des

HAE-Büros (HAE = Harmonisierung der Informationssysteme der Schulverwaltung) zum neuen Kompetenzzentrum Fritic im Jahr 2018 zweifellos der richtige Entscheid.

Die Unterrichtsämtler arbeiten weiterhin an der schrittweisen Einführung eines Qualitätssystems, das den Bedürfnissen und Mitteln der Schule entspricht.

Die Förderung des Sprachenlernens in den öffentlichen Schulen wurde 2019 namentlich durch die Erhöhung der Anzahl Schulen, die Immersionsunterricht anbieten, durch Weiterbildungskurse für Lehrpersonen an Schulen mit einem Immersionsprojekt und durch die Förderung der Sprachtaustausche im 2. Zyklus über die Plattform match&move von Movetia konkretisiert. Auf der allgemeinbildenden Sekundarstufe 2 werden alle Bildungsgänge (Gymnasien, Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen) zweisprachig angeboten und können mit einem zweisprachigen Diplom abgeschlossen werden. Nach der zweisprachigen Ausbildung zur Detailhandelsfachfrau EFZ oder zum Detailhandelsfachmann wird an der Kaufmännischen Berufsfachschule (KBS) eine zweite zweisprachige kaufmännische Ausbildung (Kauffrau/Kaufmann) angeboten. Alle betreffenden Lehrpersonen erhalten eine spezifische Ausbildung für den zweisprachigen Unterricht (bilinguales Lehren). Zum Schuljahresbeginn 2019/20 wurde an der Berufsfachschule Freiburg EMF im EFZ-Bildungsgang in Informatik eine neue Klasse eröffnet, die ab Schuljahresbeginn 2020/21 zum zweisprachigen Unterricht übergehen soll. Seit vielen Jahren wird für die Berufsmaturität während und nach der Berufsbildung an der EMF eine zweisprachige Ausbildung angeboten; im Berichtsjahr haben alle betroffenen Lehrpersonen eine spezifische Schulung für den zweisprachigen Unterricht absolviert.

Nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Sonderpädagogik im Jahr 2017 genehmigte der Staatsrat im Dezember auch das dazugehörige Reglement.

Die Hochschulen arbeiten weiter daran, ihre Positionierung zu stärken, ihre Forschungstätigkeit auszubauen, eine qualitativ hochwertige Ausbildung anzubieten und sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen. So wurde beschlossen, die Aufnahmekapazität (Anzahl der Studienplätze) der Pädagogischen Hochschule Freiburg (HEP|PH FR) zu erhöhen; die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten haben begonnen. Die HEP|PH FR hat zudem die nötigen Anpassungen vorgenommen, um die Umsetzung des Lehrplans 21 zu begleiten. Es werden verschiedene Weiterbildungsangebote in allen Fachbereichen des LP21 entwickelt und angeboten. Die Ausarbeitung der reglementarischen Bestimmungen zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule Freiburg (PHFG) ist bald abgeschlossen. Das Reglement über das Finanz- und Rechnungswesen der Pädagogischen Hochschule Freiburg ist am 1. Januar 2019 in Kraft getreten.

Die Universität Freiburg hat zahlreiche neue Studiengänge entwickelt, um für die heutigen Herausforderungen gewappnet zu sein. Insbesondere hat sie die ersten 40 Studierenden in den neuen Masterstudiengang in Humanmedizin aufgenommen. Ferner wurde ein interfakultäres Institut geschaffen, das den Umweltwissenschaften gewidmet ist. Auch hat die Universität die Arbeiten zur Strategieplanung 2020-2030 («Strategie 2030») aufgenommen. Diese zielt darauf ab, die strategische Positionierung der Universität langfristig festzulegen, die wichtigsten strategischen Themen zu bestimmen und die Hauptentwicklungssachsen zu beschreiben. Zudem hat die Universität das Verfahren der institutionellen Akkreditierung eingeleitet, wie es im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz verlangt wird; die HEP|PH FR bereitet sich intensiv darauf vor.

Bei der Fachhochschule Westschweiz//Freiburg wurden Überlegungen darüber angestellt, wie sich interdisziplinäre und interinstitutionelle Ansätze verstärkt in die Lehre einbinden lassen. An einem erstmals durchgeführten Workshop zur Interdisziplinarität nahmen gegen 40 Personen aus den vier Freiburger Fachhochschulen (Hochschule für Wirtschaft, Hochschule für Technik und Architektur, Hochschule für Gesundheit und Hochschule für Soziale Arbeit) teil.

Die Hochschulen setzen sich auch stark mit den Herausforderungen auseinander, die sich im Bildungsbereich mit der Digitalisierung ergeben. So wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der die vier Fachhochschulen vertreten sind und die sich den Unterrichtsmethoden der Zukunft widmet. Sie sorgt unter anderem für die pädagogische Begleitung. An den vier Hochschulen wird auch das «Blended Learning» (autonomes Lernen, Selbststudium) verstärkt gefördert, sei es als gängige Unterrichtspraxis oder im Rahmen der Teilnahme an Projekten oder Wettbewerben.

Darüber hinaus beteiligen sich die Hochschule für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit in ihren jeweiligen Fachbereichen in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren des Systems an der Evaluation des Systems der Praxisausbildung.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden weitere hochschulübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, die sich insbesondere mit der nachhaltigen Entwicklung und der Zweisprachigkeit befassen. Die Hochschule für Soziale Arbeit bietet wie angekündigt seit Beginn des Herbstsemesters 2019 einen zweisprachigen Bildungsgang an. Die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg hat am 21. September 2019 am Tag der Zweisprachigkeit teilgenommen, an dem die Hochschule für Gesundheit für ihre neue zweisprachige Pflegeausbildung, bei der die Hälfte der Kurse auf Französisch und die andere Hälfte auf Deutsch durchgeführt werden, mit dem ersten Preis der Zweisprachigkeit ausgezeichnet wurde.

3.4.4 Führend im Nahrungsmittelsektor werden

Das Projekt für den Bau eines Gebäudes für den Umzug von über 200 Angestellten von Agroscope von Liebefeld nach Posieux schreitet voran. Das Umstrukturierungsvorhaben, mit dem der Bundesrat einen starken Campus in Posieux schaffen will, ist eine grosse Chance für Freiburg und bietet vielversprechende Perspektiven für den Kanton, mit einem Potenzial von langfristig 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In diesem Kontext wurde das ursprüngliche Projekt eines neuen Gebäudes überarbeitet und an die zukünftigen Bedürfnisse von Agroscope am Standort Posieux angepasst, mit dem Ziel, ein Maximum an Synergien zu nutzen.

Im Rahmen der Strategie für den Lebensmittelsektor wurde eine erste Studie zum Entwicklungspotenzial dieses Sektors an den Staatsrat überwiesen. Zudem fand mit der Region Wageningen in den Niederlanden und einem grossen Schweizer Lebensmittelunternehmen ein Austausch zu den guten Praktiken statt. Die strategische Entwicklung ist auf drei Achsen ausgerichtet. Ziel dieser Strategie ist es, den für den Kanton Freiburg wichtigen Lebensmittelsektor anzukurbeln. Bei den drei Achsen handelt es sich um folgende: Als Erstes die Akteure zusammenbringen und Instrumente und Unterstützungsmassnahmen entwickeln, die eine Dynamisierung der Branche in spezifischen Themenbereichen ermöglichen. Danach sollen Scale-ups und KMUs mit hohem Potenzial angezogen werden – auch in Zusammenhang mit der Entwicklung von Standorten wie dem Campus AgriCo in Saint-Aubin. Und schliesslich soll über interkantonale Zusammenarbeit zur Positionierung Freiburgs beigetragen werden. Auch der Campus Grangeneuve – Posieux mit der Stärkung von Agroscope und dem landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve ist Teil dieser Strategie.

3.4.5 Den Tourismussektor dynamisieren

Um dem Tourismussektor mehr Dynamik zu verleihen, wird die Vision 2030 des Freiburger Tourismus umgesetzt. Dabei handelt es sich um eine Strategie zur Entwicklung des Freiburger Tourismus, deren Aktionen sich gemäss Fünfjahresplan 2016-2020 auf die folgenden drei Bereiche konzentrieren: «Ankurbelung der Infrastrukturentwicklung», «Vereinfachung der Tourismusstrukturen» und «Touristische Nutzung der Freiburger Besonderheiten».

Zu den sichtbarsten Aktionen, die 2019 durchgeführt wurden, gehören:

- > die Umsetzung des Projekts DMO X – Lean Destination Management mit der neuen Bezeichnung «FIT'NG 2021» – die für Fribourg Innovation Tourism for Next Generations steht. Das Projekt wird von Innotour unterstützt. In diesem Rahmen wurde auf den Anstoss des Beratungsbüros M & BD Consulting SA hin das Weissbuch «Le tourisme suisse et fribourgeois» veröffentlicht. Das Buch fasst die wichtigsten Trends und Eigenschaften der Tourismusbranche zusammen;
- > die Umstrukturierung der Organe des Freiburger Tourismusverbands (FTV) mit der Schaffung neuer Kommissionen und Arbeitsgruppen, die eine Anpassung der Statuten verlangte;
- > die Realisierung des von Innotour unterstützten Projekts CheckIn-FR, das vom Freiburger Tourismusobservatorium entwickelt wurde, um die administrativen Aufgaben zwischen den verschiedenen Instanzen (Bundesamt für Statistik, Kantonspolizei, Tourismusobservatorium, Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe) zu erleichtern, einschliesslich einer wichtigen Phase, bei der die Dienstleister geschult und neue Schnittstellen mit den Beherbergungsbetrieben geschaffen wurden;

- > die Umsetzung des Bereichs «Sensibilisierung für den Tourismus» mit zwei Veranstaltungen des Netzwerks PROtourism, das über 1600 Mitglieder zählt: die Lancierung des CheckIn-FR am Hafen von Murten am 9. Mai in Anwesenheit von 190 Teilnehmenden und das 13. Treffen von PROtourism mit 140 Teilnehmenden in Schwarzsee, das dem 40-jährigen Jubiläum des Tourismusförderungsfonds des Kantons Freiburg (TFF) gewidmet war;
- > die zahlreichen Sitzungen der Arbeitsgruppe für die Totalrevision des Tourismusgesetzes (TG) und des Tourismusreglements (TR). Das Ziel ist es, ein agiles und modernes Tourismusgesetz zu schaffen, das die Effizienz der Tourismusstrukturen im Dienste der Gäste und der Dienstleistungserbringer verbessert.

3.4.6 Mit gutem Beispiel vorangehen

Damit die digitale Transformation der Verwaltung auf lange Sicht ein Erfolg wird, muss der Mensch in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt werden. Es ist Aufgabe des Staates, seine Mitarbeitenden in diesem Transformationsprozess zu unterstützen, und zwar namentlich mit einer angemessenen Personalpolitik und geeigneter Weiterbildung.

An der Umsetzung des Personalpolitik-Projekts ist weitergearbeitet worden. Eine Umfrage bei 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ergab Anfang 2019 eine erfreuliche Rücklaufquote von 44 %. Mehr als 350 Personen haben an den HR-Kaffees teilgenommen, die es ermöglicht haben, strategische Stossrichtungen zu entwickeln. Im September hat der Staatsrat die Vision der Arbeitsweise der Verwaltung und den ihr angeschlossenen Organisationen sowie die strategischen HR-Stossrichtungen verabschiedet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen im Fokus, mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Entwicklungsmöglichkeiten und einem weiteren Schwerpunkt auf der Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden.

Die Revision des Gesetzes über das Staatspersonal und des Personalreglements (StPG und StPR) ist in Angriff genommen worden. Nachdem der Staatsrat Anfang Jahr den Projektbeschrieb genehmigt hatte, validierte er im September 2019 den Revisionsumfang. Die formelle Vernehmlassung ist im Frühjahr 2020 geplant.

3.4.7 Gesetzgebungsprojekte der Zielsetzung Nr. 1 «Die Beschäftigung fördern»

Objet	Stand Ende 2019
Gesetz über die Umsetzung der Steuervorlage 2017 (neu)	Gesetz vom 13.12.2018
Gesetz über die aktive Bodenpolitik (neu)	Gesetz vom 18.10.2019
Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (Teilrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Wirtschaftsförderung (Teilrevision)	Gesetz vom 24.05.2018
Gesetz über den Tourismus (Teilrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über das Staatspersonal (Total- oder Teilrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über die Sonderpädagogik (Totalrevision)	Gesetz vom 11.10.2017
Gesetz über den Mittelschulunterricht (Totalrevision)	Gesetz vom 11.12.2018
Gesetz über die Erwachsenenbildung (Teilrevision)	Vorabklärungen im Gang

3.5 Den Kanton modernisieren

3.5.1 Die Regionen und Territorialstrukturen entwickeln

Die Totalrevision des Gesetzes über die Agglomerationen wurde dem Grossen Rat im Januar 2020 überwiesen. Mit dieser Revision sollen dem Staat neue Möglichkeiten zur Unterstützung der Agglomerationen, auch finanziell, eröffnet werden, und zwar unabhängig von der Rechtsform, welche die Gemeinden, die zu einem Perimeter eines Agglomerationsprogramms gehören, wählen. Die Revision betrifft auch die Funktionsweise und die Organisation der Agglomerationen, um insbesondere ihre demokratische Abstützung zu stärken. Die Arbeiten zur Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden gehen weiter und haben sich 2019 auf den Bereich der Pflegeheime konzentriert. Ein erstes Massnahmenpaket dürfte 2020 vom Staatsrat genehmigt werden. Der Staat hat zudem eng mit dem Freiburger Gemeindeverband zusammengearbeitet, um einen Massnahmenkatalog zur Unterstützung der Mitglieder der Gemeindebehörden auszuarbeiten. Diese Arbeiten erfolgten aufgrund der steigenden Zahl an Rücktritten auf Gemeindeebene. Die Gemeindefusionsprojekte von sehr grossem Umfang, in

Grossfreiburg oder dem Greyerzbezirk, waren im Übrigen Anlass, mehrere Themen anzusprechen, um die Arbeiten zur Reform der Governance der Regionen (der lokalen Ebene übertragene Aufgaben ...) in eine Richtung zu lenken.

3.5.2 Die Raumplanung effizient gestalten

Chamblioux–Bertigny

Der Grosse Rat verabschiedete den Studienkredit für das Projekt für die Autobahnüberdeckung und Siedlungsentwicklung im Sektor Chamblioux–Bertigny in seiner Sitzung vom 23. Mai 2019 mit 94 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Nach einem intensiven Konsultations- und Verhandlungsprozess wurde am 3. Mai 2019 die Vereinbarung über die Beteiligung an der Finanzierung der Studienkosten von allen Partnern mit Ausnahme der Gemeinde Villars-sur-Glâne unterzeichnet. Nach einer neuen Diskussionsrunde wurden Vorschläge zur Änderung des Organisationsreglements des Exekutivbüros der Projektoberleitung (BEX) und des Entscheidungssystems validiert; weiter wurde ein Nachtrag zur Vereinbarung am 26. September von allen Partnern unterzeichnet. In der Folge wurde das BEX mit Vertretern der Partner erweitert, die bis dahin im BEX nicht vertreten waren.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung des Projekts wurden in enger Abstimmung mit den Büros fortgesetzt, die mit der Organisation der Studienaufträge und der Durchführung der partizipativen Ansätze zur Begleitung des Projekts beauftragt wurden. Das Programm / Pflichtenheft wurde zwischen April und Juni ausgearbeitet. Die Ausschreibung konnte damit am 5. Juli auf SIMAP veröffentlicht werden, woraufhin 16 Teams mit internationaler Zusammensetzung innerhalb der gesetzten Frist antworteten. Sieben Arbeitsgemeinschaften (vier Schweizer, zwei französische und eine belgische) wurden für die Teilnahme an den Studienaufträgen ausgewählt. Der Wettbewerb wurde am 13. September offiziell lanciert und am 11. und 13. November fanden Zwischengespräche statt, in denen die Vorschläge der Teams vorgestellt und diskutiert wurden. Die endgültigen Projekte werden während der zweiten Runde im Februar 2020 diskutiert.

Genehmigung des kantonalen Richtplans

Der Bundesrat genehmigte am 1. Mai 2019 den Teil Siedlung des kantonalen Richtplans und beendete damit für den Kanton Freiburg das Bauzonenmoratorium, das mit der Revision vom 1. Mai 2014 des Bundesgesetzes über die Raumplanung eingeführt worden war. Die übrigen Teile des kantonalen Richtplans sind noch in Prüfung beim Bundesamt für Raumentwicklung. Deren Genehmigung wird für die erste Hälfte 2020 erwartet.

Am 3. September fällte das Kantonsgericht ein Urteil, das die Art, wie Gesamtrevisionen von Ortsplänen (OP), die vor der Annahme durch den Staatsrat des kantonalen Richtplans aufgelegt worden waren, behandelt werden, in Frage stellt. Angesichts der weitreichenden Konsequenzen dieses Entscheids für die Entwicklung des Kantons und insbesondere für die Planungsarbeiten der Gemeinden beschloss der Staatsrat, den Entscheid des Kantonsgerichts vor das Bundesgericht weiterzuziehen.

3.5.3 Die Infrastrukturen anpassen

Planung und Mobilität

Nach der Genehmigung des strategischen Teils sowie der Themen- und Projektblätter des neuen kantonalen Richtplans, die einen Bezug zur Siedlung haben, durch den Bundesrat hat das Amt Kriterien betreffend die Erschliessungsgüte für den öffentlichen und den Langsamverkehr, die eine Voraussetzung für neue Bauzonen ist, ausgearbeitet.

Eisenbahninfrastrukturen

Die neuen Anlagen der Bahnhöfe Givisiez und Châtel-Saint-Denis wurden im Dezember 2019 in Betrieb genommen. Die notwendigen Arbeiten verursachten Unannehmlichkeiten für die Fahrgäste in diesen Regionen, ermöglichten aber die Einführung des durchgehenden Halbstundentakts zwischen Bulle und Palézieux und die Einrichtung der ersten Etappe des Viertelstundentakts für den Bahnverkehr in der Agglomeration Freiburg.

Die Bundesversammlung genehmigte den Inhalt des Ausbaus Schritts 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms für die Bahninfrastruktur (STEP AS 2035) und damit Investitionen von 12,89 Milliarden Franken. Mehrere Projekte betreffen den Kanton Freiburg: Verkürzung der Reisezeit zwischen Bulle und Freiburg, Einführung des

Halbstundentakts zwischen Murten/Morat und Neuenburg, Aufhebung der Ausnahmen zum Halbstundentakt zwischen Fribourg/Freiburg und Yverdon-les-Bains, Verwirklichung der neuen Bahnhaltstellen Agy und Avry-Matran sowie Einführung des Viertelstundentakts zwischen Avry-Matran und Fribourg/Freiburg.

Strasseninfrastrukturen

Im Dezember 2018 beschloss der Staatsrat, die Planungsstudie für das Umfahrungsstrassenprojekt in Givisiez zusammen mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) zu vertiefen. Die Arbeitsgruppe, die der Staatsrat für das Umfahrungsstrassenprojekt in Givisiez ernannt hat, entschied, eine ergänzende Verkehrsstudie für die verschiedenen angedachten Varianten zu lancieren und das Projekt sowie die Anschlüsse an das bestehende Strassennetz zu optimieren.

3.5.4 Die nachhaltige Mobilität fördern

Die im Sachplan Velo definierten Massnahmen wurden nach Priorität geordnet, und es wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet. Um die Umsetzung des Sachplans zu erleichtern, wurde ein «Team Velo» gebildet, das aus Spezialistinnen und Spezialisten des Amts für Mobilität und des Tiefbauamts besteht. Aufgabe dieses Teams ist die Priorisierung der empfohlenen Massnahmen und die Umsetzung des Aktionsplans.

3.5.5 Den Service-Public und die Transparenz stärken

2019 wurden mehrere Projekte durchgeführt, um Jugendliche zu motivieren, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, insbesondere durch den Jugendrat oder durch die Unterstützung des Projekts Easyvote, welches das Ziel hat, bei jungen Schweizerinnen und Schweizern das Interesse an der Politik zu wecken, indem Informationen zu Abstimmungen, Wahlen und politisch aktuellen Themen bereitgestellt werden. Die Kanzlei hat zudem die Kampagne #HoppAbstimmen, die sich in erster Linie an junge Menschen richtet, über die sozialen Netzwerke weiter betrieben.

3.5.6 Die Tätigkeit des Staates Freiburg digitalisieren

2019 sind zahlreiche Projekte ausgearbeitet worden. Zusätzlich zur Weiterarbeit an schon begonnenen IT-Projekten und zur Finalisierung solcher Projekte sind 2019 nicht weniger als 82 neue Projekte in Angriff genommen worden (49 Projekte im Jahr 2018).

Die erste Projektetappe des FRIAC-Projekts für die Verwaltung der Baubewilligungsgesuche ist abgeschlossen worden. Das Programm eJustice, das auf eine vollständige Digitalisierung der verschiedenen Dienstleistungen im Justizwesen auf allen Ebenen und über alle Instanzen abzielt, ist gestartet worden. Die Einführung des elektronischen Patientendossiers für die Gesundheitsakteure auf kantonaler Ebene ist in der Realisierungsphase und profitiert von einer interkantonalen Zusammenarbeit über den Verband CARA. Das kantonale Bezugssystem betreffend die natürlichen Personen bei der Einwohnerkontrolle ist in Arbeit, die Nomenklatur ist abgeschlossen. Im Rahmen des Programms zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme HAE ist die kantonale Lösung für die Verwaltung der Einschreibungen, Kurse und Prüfungen an der Pädagogischen Hochschule in Betrieb genommen worden. Diese Lösung wird auch für die deutschsprachige Stufe S1 eingeführt und soll nach und nach auf die französischsprachige S1 ausgedehnt werden. Es ist auch eine Internetplattform zur Rekrutierung von Lehrpersonen für Stellvertretungen mit Zuweisungssystem eröffnet worden. Im Rahmen des Geschäftsverwaltungsprojekts beim Staat Freiburg, das auf der ganz neuen bereichsübergreifenden technologischen Plattform OnBase beruht, ist eine erste Lösung für die Abteilung Pflegekinderaufsicht des Jugendamts (JA) eingerichtet worden, welche die Dematerialisierung aller Dossiers ermöglicht. Das Programm zur SAP-Transformation, basierend auf der Technologie HANA, ist in der Konzeptphase und wird die Implementierung einer neuen Buchhaltungs- und Finanzverwaltungslösung in allen Dienststellen des Staates ermöglichen. Das Cloud-Pilotprojekt SAP Ariba für das Einkaufsmanagement ist in der Realisierungsphase. Das Cloud-Pilotprojekt SAP SuccessFactors ist in der Konzeptphase für das Personalrekrutierungsmanagement bei der Kantonspolizei. Schliesslich ist ein weiteres Cloud-Pilotprojekt abgeschlossen worden, mit der Einführung der Bürosoftware Microsoft Office 365 für 4600 Nutzerinnen und Nutzer.

Damit ist das E-Government im Kanton Freiburg einen grossen Schritt weitergekommen. Seit dem 1. Oktober 2019 können über den virtuellen Schalter des Staates schweizweit erstmals öffentliche Zivilstandsurkunden in elektronischer Form bestellt und bezahlt werden. Das Projekt eUmzug, ein Dienstleistungsangebot im virtuellen Schalter zur elektronischen Umzugsmeldung und -bearbeitung, war Gegenstand eines partnerschaftlichen Umsetzungskonzepts mit den Gemeinden.

3.5.7 Gesetzgebungsprojekte der Zielsetzung Nr. 2 «Den Kanton modernisieren»

Objet	Stand Ende 2019
Raumplanungs- und Baugesetz (Teilrevision)	Gesetz vom 21.06.2018
Gesetz über die Gemeindefinanzen (neu)	Gesetz vom 22.03.2018
Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals von Freiburg (Teilrevision)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (Teilrevision)	Gesetz vom 21.03.2018
Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Agglomerationen (Totalrevision)	Vorentwurf dem Staatsrat überwiesen
Gesetz über die Oberamtmänner (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über den Langsamverkehr (neu – ist ein Produkt der Totalrevision des Strassengesetzes und des Verkehrsgesetzes)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Abfallbewirtschaftung (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Wasserkraft (neu)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die öffentlichen Sachen (Teilrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
Aufgabenentflechtung zwischen dem Staat und den Gemeinden (Teilrevision von verschiedenen Gesetzen – 1. Paket)	Vorabklärungen im Gang

3.6 Die Lebensqualität verbessern

3.6.1 Die Gesundheit bewahren und fördern

Im Berichtsjahr liefen die Arbeiten in mehreren Bereichen der Gesundheitsförderung und Prävention auf Hochtouren: Bei den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Aktionsplan zur Konkretisierung der kantonalen Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention – Perspektiven 2030 – wurden verschiedene Massnahmen zu Schlüsselthemen wie Alkohol, Tabak, Ernährung und Bewegung oder psychische Gesundheit identifiziert, damit er im Laufe 2020 bei einem grossen Partnernetz in die Vernehmlassung geschickt werden kann. Der kantonale Plan zur Förderung der psychischen Gesundheit ist fester Bestandteil der Strategie und startete im Januar 2019. Zu den Zielen gehören u. a. die Sensibilisierung des Zielpublikums für die Bedeutung der psychischen Gesundheit und die Förderung der Stärkung der Ressourcen und der sozialen Partizipation. Um seine zahlreichen Ziele der Gesundheitsförderung und Prävention zu erreichen, setzt der Staat seine Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen fort und verteilt weiterhin Leistungsaufträge an spezialisierte Stellen und Einrichtungen.

Die schrittweise Umsetzung des neuen Konzepts für die schulärztliche Betreuung («Frimesco») begann mit einer Übergangsphase von drei Jahren im Juli 2019, sodass sich die Gemeinden organisieren können.

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg hat mit Unterstützung der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) und des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation eine neue Weiterbildung zur Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung im Bereich der Langzeitpflege lanciert.

Das freiburger spital (HFR) kommt weiterhin seinem Auftrag nach, indem es hochwertige und leicht zugängliche Pflegeleistungen anbietet. Ausserdem hat es Massnahmen umgesetzt, um die mittlere Aufenthaltsdauer deutlich zu verkürzen. Des Weiteren hat es die Arbeiten im Zusammenhang mit den infolge der Analysen im 2018 geforderten Verbesserungen und Reformen (Führungssysteme und Finanzmanagement) aktiv fortgesetzt. Auch versuchte es weiterhin, seine Effizienz zu verbessern. Der neue, kleinere Verwaltungsrat des HFR hat seine Tätigkeit am 1. Juli 2019 aufgenommen. Er hat die Arbeiten fortgesetzt, die der bisherige Verwaltungsrat in Angriff genommen hatte, und seine Strategie «Perspektiven 2030» präsentiert, die vom Staatsrat unterstützt wird. Des Weiteren hat er dringende Massnahmen auf operationeller Ebene angekündigt. Der Staatsrat wird im Rahmen der Umsetzung des operationellen Plans dieser Strategie dafür sorgen, dass die in der Spitalplanung enthaltenen Bedürfnisse der

Bevölkerung durch das HFR weiterhin anhand von qualitativ hochstehenden Leistungen gedeckt werden. Die grösseren, ergonomisch gestalteten und auf das Wohlbefinden ausgerichteten Räumlichkeiten der neuen pädiatrischen Notaufnahme wurden im August 2019 eingeweiht.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) hat sich auch im Berichtsjahr weiterentwickelt und namentlich die Vorbereitungen zur Errichtung des «FNPG Freiburg–RFSM Fribourg» in Villars-sur-Glâne in den kommenden zwei Jahren fortgesetzt. Ferner hat es die Umbau- und Vergrößerungsarbeiten der Räumlichkeiten des ehemaligen Gebäudes des Diözesanseminars in Villars-sur-Glâne fortgesetzt und weiter finanziert: 60 Betten sollen hier entstehen, davon 40 für die deutschsprachige Kantonsbevölkerung.

Der Kanton hat 2019 eine neue Gesetzesgrundlage zur Änderung des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 (eHealth) in die Vernehmlassung geschickt. Dank ihr werden die Freiburgerinnen und Freiburger insbesondere von einem eHealth-Tool in Form eines elektronischen Patientendossiers (EPD) profitieren können. Die Einführung des EPD ist in den Spitälern für 2020 und in den Pflegeheimen und Geburtshäusern für 2022 geplant.

3.6.2 Den sozialen Zusammenhalt und das Image des Kantons unterstützen

Die Umsetzung der Alterspolitik «Senior+» geht weiter, insbesondere in Form der Unterstützung von generationsübergreifenden Projekten, der Begleitung der Bezirke bei der Schaffung der sozialmedizinischen Netzwerke und der Unterstützung der Gemeinden bei der Beurteilung des Bedarfs ihrer älteren Bevölkerung. Die Freiburger Gemeinden werden ferner Massnahmen in den Bereichen Wohnen, soziale Begleitung und Gemeinschaftsleben umsetzen müssen.

Im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Integration der Personen mit Migrationshintergrund entstand aus einer Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der GSD die Plattform «FRintegration.ch», deren Onlinestellung im Juni 2019 erfolgte. Sie ist die erste Arbeitsplattform der Schweiz, über die Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene mit Unternehmen in Verbindung treten können. Die Arbeiten an der Neufassung des Sozialhilfegesetzes schreiten voran; der Steueraus Ausschuss prüft derzeit einen Vorentwurf.

Im Rahmen der Steuerreform hat der Kanton mehrere Massnahmen vorgesehen. So wird er ab 2020 die kantonalen Familienzulagen um 240 Franken pro Jahr erhöhen. Ein jährlicher Betrag von 5,2 Millionen Franken ist für die familienergänzende Betreuung (Schaffung von Krippenplätzen, Senkung der Tarife von Krippen und Tageseltern, Unterstützung innovativer Projekte in der familienergänzenden Betreuung) sowie für die arbeitsmarktliche Integration von Menschen mit Behinderungen vorgesehen. Weitere 5,2 Millionen Franken sind für die Unterstützung für Aus- und Weiterbildung (zugunsten von überbetrieblichen Kursen, von Start, der Lehrbetriebsverbände und der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums) sowie die arbeitsmarktliche Integration der Jugendlichen und der Arbeitsuchenden über 50 gedacht.

Im Asylbereich wurde das zweite Kantonale Integrationsprogramm (KIP 2) lanciert. Es umfasst rund 40 Massnahmen im Zusammenhang mit Information und Beratung, Aus- und Weiterbildung, Rassismusprävention und Zusammenleben. Zu den Schwerpunkten des KIP 2 gehören insbesondere der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Verbänden und den Gemeinschaften, der Einbezug der einheimischen Bevölkerung, die Beschäftigungsfähigkeit der Personen mit Migrationshintergrund und die Unterstützung für besonders verletzte Migrantinnen und Migranten. Dem ist anzufügen, dass die Achse der Rassismusprävention ausgebaut wurde. Darüber hinaus können junge Asylsuchende und Flüchtlinge im Rahmen des Betreuungsprogramms «Envole-moi» im Hinblick auf ihre Integration ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen verbessern.

Der Dialog mit den neu im Kanton Freiburg ansässigen Religionsgemeinschaften wurde auch 2019 fortgesetzt. Im Februar 2019 fand das Jahrestreffen der Vertreter aller muslimischen Vereine statt. Die Gespräche waren offen und konstruktiv und betrafen hauptsächlich die fehlenden Orte für eine Bestattung nach muslimischer Tradition, ein wichtiges Anliegen der im Kanton Freiburg wohnhaften Musliminnen und Muslime.

Im Herbst 2019 wurde der Bericht zum Postulat Christian Ducotterd 2017-GC-41 dem Grossen Rat unterbreitet. Der Staatsrat schlägt darin u. a. die möglichst rasche Anpassung der kantonalen Gesetzgebung über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat vor. Im Wesentlichen besteht das Ziel darin, die neuen

Religionsgemeinschaften im Kanton Freiburg zu berücksichtigen, um u. a. ihre Integration zu verbessern und ungeachtet ihrer Konfession die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

Seit 2013 setzt der Verein «Fribourgissima Image Fribourg» die Bekanntheitskampagne «Freiburg macht glücklich» um. Im Laufe der Jahre beteiligten sich die Partnerinnen und Partner immer stärker, wodurch sich der Verein in immer ambitionierteren Projekten engagieren konnte.

2019 wirkte der Verein «Fribourgissima Image Fribourg» erfolgreich an der Freiburger Präsenz an der «Fête des Vignerons» in Vevey mit. Vom 18. Juli bis 11. August 2019 belegte der Kanton Freiburg mit seiner «Méjón Friboua» den grössten Teil des «Jardin Doret» in Vevey und bot dabei drei unterschiedliche Bereiche an: «Lé j'armay», «Paradi tèrèchtre» und «Rèchtoran». Diese Präsenz, die Tradition und Innovation unter einen Hut brachte, war aus einer Zusammenarbeit zwischen der «Société des Armaillis de la Fête des Vignerons», langjähriger Partner der Veranstaltung, «Fribourgissima Image Fribourg» und «Terroir Fribourg» entstanden.

Im sechsten Tätigkeitsjahr von «Fribourgissima Image Fribourg» durften tolle Herausforderungen in Angriff genommen werden, gleichzeitig wurde die Austausch-Plattform rund um die Bekanntheitskampagne «Freiburg macht glücklich» weiter ausgebaut.

3.6.3 Den Zugang zur Kultur, zum kulturellen Erbe und zum Sport fördern und Talente unterstützen

«Kultur & Schule», das Programm zur Kulturvermittlung für Schülerinnen und Schüler der obligatorischen Schule, hat im dritten Jahr seines Bestehens 27 500 Schülerinnen und Schülern aus allen Bezirken und Schulstufen Gelegenheit geboten, an einer professionellen kulturellen Aktivität teilzunehmen. Dank einer Partnerschaft mit den Freiburgischen Verkehrsbetrieben schloss das vergünstigte Angebot auch den Transport mit dem öffentlichen Verkehr ein. Zudem besuchten 4000 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen das 3. Festival Kultur & Schule FKB, dessen Programm erstmals der Oper gewidmet war. Ziel ist es, dass bis 2022 sämtliche 42 000 Schülerinnen und Schüler der obligatorischen Schule von diesem Kulturvermittlungsprogramm profitieren können. Darüber hinaus wurden Massnahmen getroffen, um das deutschsprachige Kulturangebot zu bereichern, die pädagogische Begleitung der Angebote zu verstärken und die Promotion und Durchführung kultureller Angebote für ein junges Publikum auf interkantonaler Ebene zu fördern. Mit dem Kultur-Abo «20 Jahre 100 Franken» erhalten junge Menschen von 0 bis 21 Jahren Eintritt in rund 40 Kulturstätten des Kantons. Mit Unterstützung des Bundesamts für Kultur wurden Projekte zur Förderung des Zugangs zur Kultur für ein mehrsprachiges Publikum durchgeführt, und zwar in den Bereichen Museum, Kino und zeitgenössisches Kunstschaffen.

Die Fachmittelschulen Freiburg und Bulle beteiligen sich mit Unterstützung der Stiftung Mercator Schweiz seit 2018 gemeinsam mit 4 Schulen aus den Kantonen Bern und Wallis an einem Pilotprojekt zur kulturellen Bildung, das die Kreativität der Schülerinnen und Schüler und die Einbindung kultureller Aktivitäten in den schulischen Ablauf fördern soll. Das vier Jahre dauernde Pilotprojekt fördert die Zusammenarbeit zwischen den beiden Fachmittelschulen, den kulturellen Institutionen und Akteuren sowie den Partnerkantonen.

Auch dem Kulturerbe wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet: So wurden von Frühjahr bis Herbst die mittelalterlichen Stadtmauern und Türme der Stadt und des Kantons Freiburg erneut für die breite Öffentlichkeit geöffnet und dem Grossen Rat wurde ein Bericht zum historischen Erbe im Besitz des Kantons Freiburg vorgelegt.

Die Sportförderung und die Unterstützung von Nachwuchstalenten wurden eingehend analysiert; das Ergebnis dieser Studie wurde dem Grossen Rat zu Beginn des Berichtsjahres präsentiert. Der Kanton setzte sich für die Promotion der Olympischen Jugend-Winterspiele (YOG) Lausanne ein, die vom 9. bis 23. Januar 2020 stattfinden werden. Zudem engagierte er sich im Infrastrukturbereich, insbesondere durch den Ausbau der Infrastruktur des kantonalen Sport- und Freizeitzentrums Schwarzsee, die Begleitung verschiedener Projekte für Schwimmbäder, Sporthallen oder Sportzentren sowie eine Finanzhilfe für das neue Eisstadion St. Leonhard.

Die Berufsfachschule (EMF) passt ihr Programm an, damit die Schülerinnen und Schüler, die am Förderprogramm Sport-Kunst-Ausbildung (SKA) teilnehmen, eine Doppelausbildung erhalten können (Sport+ Lehre). Genaue Regelungen werden dabei von Fall zu Fall festgelegt. Ein Automatik-Lernender im ersten Lehrjahr der EMF kann so im Ski-Cross an den YOG teilnehmen.

3.6.4 Die natürlichen Ressourcen erhalten

Klima

Der Staatsrat will auf die Einhaltung des Übereinkommens von Paris, das im Oktober 2017 von der Schweiz ratifiziert wurde, hinarbeiten. Er übernimmt die Ziele des Bundes in diesem Bereich. Während seiner diesjährigen Herbstklausur, die vollständig dem Klimawandel gewidmet war, beschloss der Staatsrat, die Treibhausgasemissionen bis 2030 zu halbieren und bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen.

Die Arbeiten für den Klimaplan wurden fortgeführt. Der Entwurf, der seit 2018 in Ausarbeitung ist, umfasst vier Module (Anpassung an den Klimawandel, Minderung der Auswirkungen des Klimawandels, Pilotprojekte, politischer und rechtlicher Rahmen). Es wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet, die erste für das Modul Anpassung und die zweite für das Modul Milderung. Sie haben die wichtigsten Risiken und Chancen für den Kanton im Zusammenhang mit dem Klimawandel und die bedeutenden Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bestimmt. Eine Delegation der Jungallianz fürs Klima (Climastrike) und der KlimaSeniorinnen nehmen in der Arbeitsgruppe Minderung teil.

Gewässerschutz

Im Bereich der Entwässerung und Abwasserreinigung kann erwähnt werden, dass 2019 die Studien zur Regionalisierung für die Obere Glâne, die Obere Saane und die Untere Broye-Vully sowie für den Anschluss der ARA Zumholz an eine andere Anlage fertiggestellt wurden.

Das Amt für Umwelt hat die Planung erstellt, die festlegt, welche ARA des Kantons bis 2035 Massnahmen zur Elimination der Mikroverunreinigungen treffen müssen. Darüber hinaus hat das Amt bei den Vor- und definitiven Projekten für die Behandlung der Mikroverunreinigungen in den ARA Freiburg, Murten, Ecublens, Villars-sur-Glâne, Pensier, Lucens, Basse Broye-Vully und Payerne (VD) mitgewirkt und mit Blick auf die Erhebung der Gebühr zur Finanzierung der Massnahmen zur Elimination der Mikroverunreinigungen die Einwohnerinnen und Einwohner erfasst, die an den ARA des Kantons angeschlossen sind.

Im Berichtsjahr wurde eine Kartierungsmethodik fertiggestellt, die auf den neuen Kriterien für die Zulässigkeit von Erdwärmesonden basiert, die 2018 von der Arbeitsgruppe definiert worden waren. Sie wird im Jahr 2020 auf die Dossiers der Zonen S, bei denen Nutzungskonflikte bestehen, angewendet werden (vor allem bei den grossen Wasserfassungen des Kantons), um den Schutz der betreffenden Grundwasserressourcen wesentlich zu verbessern.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt beteiligt sich das Amt für Umwelt aktiv an der Umsetzung von Massnahmen zur Verringerung des Phosphoreintrags, um den Murtensee zu sanieren. In diesem Zusammenhang wurde eine Studie durchgeführt, mit dem Ziel, die verschiedenen Phosphor-Eintragspfade besser zu verstehen und zu quantifizieren.

Luftreinhaltung

Das Amt überwacht die Einhaltung der Emissionsbegrenzungen nach der Luftreinhalte-Verordnung des Bundes (LRV). Hierfür müssen die betroffenen stationären Anlagen kontrolliert werden; diese Kontrollen wurden von privaten Laboratorien durchgeführt.

Den Landwirtschaftsprojekten wurde mit Blick auf die Reduktion der Ammoniakemissionen grosse Beachtung geschenkt. Das Amt für Umwelt hat im Rahmen der Baubewilligungsgesuche systematisch die Massnahmen, die Teil der verschiedenen Projekte sind und die Reduktion dieser Emissionen zum Ziel haben, sowie die Mindestabstände zu sensiblen Ökosystemen evaluiert.

Die mobile Station im Quartier Chamblieux der Stadt Freiburg, die in der Nähe der A12, der Route du Jura und der Route de Chantemerle steht, wurde instandgesetzt und ist seit November 2019 wieder im Betrieb. Eine andere Station hat die Schadstoffbelastung entlang der Rue de Vevey in Bulle gemessen.

Lärmschutz

Am 31. März 2018 lief die Frist für die Strassenlärmsanierung aus. Dessen ungeachtet haben die Kantone und Gemeinden nach wie vor die Pflicht, ihre Strassen zu sanieren, bei denen die Immissionsgrenzwerte überschritten werden. Die 3. Programmvereinbarung (die namentlich Bundesbeiträge für die Strassenlärmsanierung vorsieht und 2018 enden sollte) wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Die Gesamtlänge der Kantonsstrassenabschnitte mit einem lärmarmen Strassenbelag betrug im Herbst 2019 rund 135 (100) km. Noch müssen zirka 85 km mit einem solchen Belag ausgestattet werden. Dort, wo die gesetzlichen Grenzwerte trotzdem überschritten werden, sind, sofern das Nutzen-Kosten-Verhältnis günstig ist, Lärmschutzwände vorgesehen.

Ende 2019 war die Mehrheit der grossen Freiburger Gemeinden daran, ihre Strassen zu sanieren oder die Ausführung von Sanierungsmassnahmen vorzubereiten.

Bodenschutz

2019 leitete das Amt für Umwelt die Revision des kantonalen Bodenschutzkonzepts mit einer Bedarfsanalyse ein. In einem partizipativen Workshop wurden die zentralen Elemente der Bodenstrategie 2020–2030 definiert und die Leitung der Koordinationsgruppe für den Bodenschutz (KGBo) geklärt.

Der Untersuchungssperimeter in bebauten Gebieten wurde modelliert und kartiert. Dies ist das letzte fehlende Element für die Hinweiskarte der Böden, bei denen ein Risiko chemischer Belastungen besteht.

Mit dem Ziel, den Bodenschutz auf Baustellen zu verbessern, wurden mehrere Aktionen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Landwirtschaft wurde ein Kontrollsystem eingerichtet. Das Amt für Umwelt trug auch zu einem Fallstudientag im Rahmen einer von SANU (Stiftung für Nachhaltige Entwicklung) organisierten Ausbildung für Bodenkundliche Baubegleiterinnen und begleiter bei. Schliesslich wurde ein Management-Tool (Boden4Web) für die Überwachung der Baustellen konzipiert und bestellt.

Belastete Standorte

Um die ökologisch und ökonomisch optimale Lösung für die Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila zu bestimmen, wurden verschiedene Untersuchungen durchgeführt. Auf dieser Grundlage wurden vier Sanierungsvarianten ausgearbeitet und bewertet. Der Bund sprach sich für ein Projekt aus, das einen Teilaushub der Deponie und Kosten von 110 bis 195 Millionen Franken vorsieht. Der Staatsrat will dieses Projekt ebenfalls unterstützen, wobei er auch prüfen will, wie weit die Kosten reduziert werden können, ohne die Sanierungsziele zu verfehlen.

4000-Watt-Gesellschaft

Der Staatsrat hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 den jährlichen Energieverbrauch um 1000 GWh Wärme und 550 GWh Strom zu reduzieren und auf diese Weise die «4000-Watt-Gesellschaft» zu erreichen. Mit Blick auf diese Ziele hat er eine Energiestrategie aufgestellt, die hauptsächlich die verstärkte Nutzung von einheimischen erneuerbaren Energien und die Senkung des Energieverbrauchs vorsieht.

In Umsetzung dieser Strategie wurden verschiedene Projekte und Massnahmen durchgeführt, mit denen die gesetzten Ziele erreicht werden sollen:

- > Für die Renovation des Gebäudebestands im Kanton Freiburg folgte auf die Lancierung des Gebäudeprogramms im Jahr 2017 eine Informations- und Kommunikationskampagne zu den Fördermassnahmen, die in einer ersten Phase die Gebäudehüllen und in einer zweiten Phase die Heizungsanlagen zum Gegenstand hatten. Die Kommunikationsmassnahmen gehen weiter, namentlich über Anzeigen in den Medien und über gezielte Informationsschreiben.
Darüber hinaus wurde das Freiburger Gebäudeprogramm durch eine zusätzliche Massnahme ergänzt, mit der ab 2020 bedeutende finanzielle Beiträge an neue Wärmeverteilungssysteme beim Ersatz von dezentralen Elektroheizungen geleistet werden.
Das Projekt für die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Gebäudesanierungen wird weitergeführt. Das Ziel lautet, alle Aktivitäten und Akteure, die im Bereich der Gebäudeenergie arbeiten, für einen effizienteren

Bauerneuerungsmarkt zu vernetzen. Diese Organisation wird einen leichten Zugang zu einer breiten Palette von Dienstleistungen in den Bereichen Beratung und Förderung der energetischen Sanierung bieten.

- > Im Juni 2019 wurde das Energiegesetz vom 9. Juni 2000 geändert. In Ergänzung dazu wird am 1. Januar 2020 das revidierte Energiereglement in Kraft treten. Mit diesen Anpassungen des Rechts wird der Kanton den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) vollständig gerecht. Damit wird zudem drei parlamentarischen Motionen Folge gegeben.
Das Energiegesetz anerkennt nun das öffentliche Interesse an der Nutzung von erneuerbaren Energien; dies gilt sowohl für Heiz- als auch für Stromerzeugungsanlagen.
- > Energie-FR organisiert Weiterbildungskurse für Fachleute und Aktivitäten zur Sensibilisierung der Bevölkerung. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird auch ein Informationskonzept für Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden vorgeschlagen. Weiter gab es regelmässige Treffen mit GEAK®-Experten.
- > Das Energiesparprogramm bei Grossverbrauchern von Energie im Kanton Freiburg geht weiter. Unter dem Namen PEIK wurde ein neues Programm lanciert, das darauf abzielt, KMU bei ihren Einsparungsprojekten zu unterstützen.
- > Tiefengeothermie: Der Staat Freiburg und Groupe E haben das Unternehmen gpfr SA gegründet, dessen Ziel es ist, die Exploration und Produktion von sauberer und nachhaltiger Energie (Wärme und Strom) mit Tiefengeothermie (Tiefen von über 3000 m) ist.

Der Staat nimmt seine Vorbildrolle im Energiebereich wahr, indem er insbesondere den Minergie-P-Standard für den Bau und die Sanierung seiner Gebäude einhält. Zudem ersetzt er mit fossilen Energien betriebene Anlagen durch neue, die erneuerbare Energien nutzen, und kauft Strom mit dem Label «Naturemade Star» für seinen Eigenverbrauch. Der Staat führt das Programm für die Einrichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern seiner Gebäude weiter. Er hat sich ferner vergewissert, dass dieser Grundsatz auch von den Gemeinden eingehalten wird, die im Rahmen ihrer Ortsplanung einen Energieplan aufstellen und die öffentliche Beleuchtung sanieren müssen.

3.6.5 Die Sicherheit gewährleisten

Die Verbesserung des operativen, strukturellen und strategischen Rahmens für die Sicherheit des Kantons Freiburg ist eine Baustelle, die schon seit langem tagtäglich von zahlreichen Akteuren in engen Partnerschaften geführt wird. Der Staat spielt dabei eine führende Rolle, sei es als direkter Akteur über die in diesem Bereich tätigen Dienste – Kantonspolizei, Bevölkerungsschutz usw. – oder als Gesetzgeber und Organisator, indem er Regeln und Ziele festlegt. Mit der Bereitstellung eines Bedrohungsmanagementkonzepts, das im Gesetz über die Kantonspolizei gesetzlich verankert wurde, reagierte der Kanton 2019 nicht nur auf immer wieder auftretende konkrete Situationen, sondern entsprach damit auch den auf Bundesebene abgegebenen Empfehlungen. Mehrere grosse Gesetzgebungsprojekte befinden sich in der Schlussphase: der Vorentwurf des Gesetzes über die Brandbekämpfung und die Rettungsdienste, der eine höhere Leistungsfähigkeit und Ressourceneffizienz der Feuerwehr anstrebt, und die Totalrevision des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz, mit dem die Architektur der Gesamtsicherheit im Kanton kohärenter gestaltet werden soll.

3.6.6 Die richterliche Gewalt reorganisieren

Die Analyse der Gerichtsbehörden, die der Staatsrat angestossen hatte und für die eine Projektorganisation eingesetzt wurde, hat mit dem ersten Bericht des beauftragten externen Beratungsunternehmens im Oktober 2020 einen ersten Meilenstein erreicht. In der ersten Etappe wurden das Kantonsgericht, die Staatsanwaltschaft, die Bezirksgerichte und die gerichtsunabhängige Einheit untersucht. Aufgrund des vorgelegten Berichts hat der Staatsrat beschlossen, die Studie auf die übrigen Instanzen der Judikative auszudehnen, das heisst auf das Jugendstrafgericht, die Friedensgerichte, das Wirtschaftsstrafgericht, das Zwangsmassnahmengericht und die Schlichtungskommissionen für Mietsachen. Im Verlauf des Jahres 2020 wird der Staatsrat deshalb über eine vollständige Analyse der Gerichtsbehörden verfügen.

3.6.7 Gesetzgebungsprojekte der Zielsetzung Nr. 3 «Die Lebensqualität verbessern»

Objet	Stand Ende 2019
Gesetz zum Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die ärztliche Weiterbildung (neu)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz über Menschen mit Behinderung (neu)	Gesetz vom 12.10.2017
Gesetz über die Sondereinrichtungen und die Pflegefamilien (neu)	Gesetz vom 16.11.2017
Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über die Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über den Schutz der Kulturgüter (Teilrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
Gesetz über die Gebäudeversicherung, die Prävention und die Hilfeleistungen bei Brand und Elementarschäden (Teilrevision)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (Teilrevision)	Gesetz vom 12.09.2018
Sozialhilfegesetz (Totalrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über den Bevölkerungsschutz (Teilrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über das freiburgische Bürgerrecht (Totalrevision)	Gesetz vom 14.12.2017

4 Staatsratsjahr

4.1 Sitzungen

Der Staatsrat hat im Jahr 2019 unter dem Präsidium von Jean-Pierre Siggen (Vizepräsidium: Anne-Claude Demierre) 60 Sitzungen abgehalten (42 Sitzungen im Jahr 2018), davon fanden drei auf dem Zirkularweg statt, und vier davon waren der Prüfung des Voranschlags des Staates Freiburg für das Jahr 2020 gewidmet.

Der Staatsrat hat ausserhalb der Staatskanzlei auch im Broyebezirk getagt und bei dieser Gelegenheit mehrere Vertreter der Wirtschaft und der Politik des Bezirks getroffen.

Der Staatsrat erliess 1234 Beschlüsse (1089 Beschlüsse im Jahr 2018), 51 neue Reglemente und Verordnungen und 22 Teilrevisionen von bestehenden Reglementen oder Verordnungen (2018: 59 und 22). Er überwies 13 Gesetzesentwürfe (2018: 16), 21 Dekretsentwürfe (2018: 25) und 30 Berichte (2018: 22) an den Grossen Rat.

4.2 Arbeitstreffen

Die traditionelle Arbeitssitzung mit dem Gemeinderat der Stadt Freiburg hat es namentlich erlaubt, zum Zusammenschluss von Grossfreiburg und zur Zukunft der Agglomeration, der Rekapitalisierung der blueFACTORY Fribourg-Freiburg AG, die Zukunftsperspektiven des Forum Freiburg und den Neustart des Projektes Poya-Quartier und die Vergrösserung der Deponie von Châtillon Bilanz zu ziehen.

Die Sitzung mit dem Vorstand des Gemeindeverbands bot Gelegenheit, die Diskussion zur Situation in den Gemeinderäten, zur Bearbeitung der Baubewilligungsdossiers und zur Qualität der Stellungnahmen der Ämter, zur Bilanz bei der Umsetzung der freiburgischen Steuerreform und zur Implementierung einer einheitlichen Datenplattform für die regionalen Sozialämter (SHG) zu führen. Auch wurden die Arbeiten zum Klimaplan (Arbeiten zur Definition von Zielen, Bilanz der Risiken und Chancen für den Kanton und Aufruf von Volontären) vorgestellt.

Die diesjährige Sitzung mit der Oberamt männerkonferenz im Broyebezirk bot Gelegenheit, zahlreiche gemeinsam aktuelle Themen zu behandeln, wie die Führung in den Regionen, die Zukunft der Oberämter und der Pensionskasse des Staatspersonals des Staates Freiburg, die Abschaffung der lebenslangen Renten für Staatsrätinnen und -räte, Kantonsichterinnen und -richter und Oberamt männer, die Situation der gewählten Mitglieder der Gemeindebehörden und die Umsetzung des kantonalen Richtplans auf regionaler Ebene.

Wie jedes Jahr lud die Regierung die höheren Kader der Kantonsverwaltung zu einer Informationssitzung und einem Meinungsaustausch ein; er fand dieses Jahr in Murten statt. Das Hauptthema der Sitzung war die Zweisprachigkeit, die in verschiedenen Formen (Rollenspiele, Sketches, Gesänge usw.) und in verschiedenen Workshops präsentiert wurde, die an wenig bekannten Orten der Stadt Murten stattfanden.

Dieses Jahr hat der Staatsrat seinen traditionellen Besuch von Freiburger Unternehmen im Seebezirk durchgeführt, er zeigt so, dass er ständig um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons bemüht ist.

4.3 Besuche und Empfänge

Wie gewohnt überbrachte die Regierung den Vertretern der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt sowie den Vertretern der Kirchen ihre Neujahrswünsche. Der Staatsrat nahm an den traditionellen weltlichen und kirchlichen Feiern und Veranstaltungen teil, die jedes Jahr Glanzpunkte seiner Tätigkeit sind. Er leistete zahlreichen Einladungen freiburgischer und schweizerischer Institutionen Folge. Er wurde von der Regierung des Kantons Obwalden empfangen und empfing seinerseits die Regierung des Kantons Aargau.

Die Regierung nahm an den Veranstaltungen teil, die im Rahmen der 33. Ausgabe des Internationalen Filmfestivals Freiburg und der 45. Ausgabe des Internationalen Folkloretreffens Freiburg organisiert wurden. Er nahm an den offiziellen Tagen der 5. Ausgabe des Comptoir de la Veveyse, der 10. Ausgabe des Comptoir broyard, der 13. Ausgabe des Salon Bois und der 20. Ausgabe des Salon suisse des Goûts et Terroirs teil. Er organisierte auch Abende für Öffentlichkeitsarbeit am Rand der Heimspiele des HC Fribourg-Gottéron (Meisterschaft 2018-2019 / 2019-2020 der Nationalliga A im Eishockey), nahm an der Avenches Opéra en Fête sowie an der 7. Kilbi im Freiburgerland in Ecuvillens teil.

Er nahm ebenfalls am 102. Frühjahrs-Aperitif der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer und am 72. Filmfestival von Locarno sowie an der Generalversammlung und am 8. Forum der Hauptstadtregion teil.

Der Staatsrat traf sich im Greyerzerland mit den ehemaligen Staatsratsmitgliedern und mit dem ehemaligen Vize-Staatskanzler und deren Ehegatten zu einem gemütlichen Tag. Er verbrachte bei einem Jass auch einen gemütlichen Moment am Bischofssitz.

Der Staatsrat hielt seinen sommerlichen Klausurtag «im Grünen» auf Einladung des Schweizer Botschafters in Grossbritannien in London ab. Dieser Besuch bot ihm Gelegenheit, sich näher mit den Herausforderungen des Brexit auseinanderzusetzen und mehrere junge Freiburgerinnen und Freiburger zu treffen, die in Londoner Grossunternehmen arbeiten. Letztere haben eine bewundernswerte Parallele zur Schweizer Situation im Bereich des Einzelhandels, der Finanzdienstleistungen und der Wirtschaftsförderung gezogen. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die bedeutenden Effekte der Digitalisierung und des Brexits auf die Geschäftsmodelle und -aktivitäten gelegt.

Eine Staatsratsdelegation nahm zusammen mit der bundesrätlichen Delegation an der Zeremonie zur Heiligsprechung von Marguerite Bays auf dem St. Petersplatz im Vatikan teil. Ausserdem wurde er zum Empfang der Präsidentin des Nationalrats, der Waadtländerin Isabelle Moret, eingeladen, der ihr zu Ehren in ihrem Kanton organisiert wurde. Er wurde ebenfalls eingeladen, an den Festivitäten zum 100-Jahr-Jubiläum der «Lia Rumanstcha» teilzunehmen.

Anlässlich des Empfangs des Präsidenten der Eigenössischen Technischen Hochschule Zürich ETHZ wurde ihm das Schlaflabor der Forschungsgruppe Kognitive Biopsychologie und Methoden des Departements für Psychologie an der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg präsentiert. Im Rahmen von Höflichkeitsbesuchen traf er sich mit den Botschaftern des Königreichs Schweden und der Russischen Föderation in der Schweiz.

Der Staatsrat hat ebenfalls Gelegenheit gehabt, den neuen Sitz der Freiburgischen Verkehrsbetriebe (Holding) AG in Givisiez zu besuchen und den Stiftungsrat des Adolphe Merkle Instituts zu treffen.

Er hat sich offiziell von folgenden Persönlichkeiten verabschiedet: Philippe Menoud, von 2012 bis 2018 Präsident des Verwaltungsrates des freiburger spitals, Adrien Urwyler, 2000 bis 2019 Richter am Kantonsgericht und 2016 bis 2019 Präsident des Justizrats sowie Hubert Bugnon, 2001 bis 2018 Richter am Kantonsgericht.

Im Bundeshaus in Bern wurde auch das traditionelle St. Nikolausfest gefeiert. Der Staatsrat wurde von einem Dutzend Persönlichkeiten aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Sport und Bildung begleitet und brachte an diesem Abend rund um unseren Schutzpatron, der an dem Abend mit den Schutzpatroninnen der Stadt Freiburg gekommen war, den Bundesrat, die Mitglieder der beiden eidgenössischen Kammern, Magistratspersonen des Bundes und die höheren Bundesbeamten mit einem Bezug zum Kanton Freiburg zusammen.

Anlässlich der Fête des Vignerons 2019 war zusätzlich zur freiburgischen Präsenz im Jardin Doret (Méjon friboua) ein ganzer Tag dem Kanton Freiburg gewidmet, la dzornâ friboua. Dieser Tag präsentierte ein Spiegelbild unseres Kantons: eine wahre Mischung aus Traditionen und Moderne. Auf dem Tagesprogramm standen namentlich eine Wanderung durch die Weinberge, ein Umzug, musikalische Darbietungen, die Gastronomie, eine Highline auf dem Genfersee, künstlerische Produktionen und Workshops für die Kinder. Mehr als 60 000 Personen fanden an diesem Tag entlang dem Quai Personnet in Vevey zusammen.

4.4 100-Jährige

Der Staatsrat hat 24 Freiburgerinnen und Freiburgern zum vollendeten 100. Lebensjahr geehrt.

5 Aussenbeziehungen

Die politische Verantwortung für die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen obliegt *ad personam* einem Mitglied des Staatsrates, gegenwärtig ist dies der Volkswirtschaftsdirektor (Stellvertreter: Finanzdirektor). Konkret vertritt er den Staatsrat in der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), in der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) und ebenso in der Hauptstadtregion Schweiz (HR-CH). Die Staatskanzlerin ist seit Januar 2016 im Vorstand und im Rat der ch Stiftung. Der Staatsrat hat sich im Bereich Aussenbeziehungen vor allem folgende Ziele gesetzt:

- > Freiburg spielt aktiv die Rolle des Brückenkantons zwischen der Westschweiz und dem Rest der Schweiz.
- > Freiburg wirkt aktiv in der KdK und an den nationalen Konferenzen mit, um einen Beitrag zu einem lebendigen und ausgewogenen Föderalismus zu leisten.
- > Freiburg positioniert sich als starker Kanton in einer starken Westschweiz.
- > Freiburg leistet einen grossen Beitrag zur Existenz und zur Vitalität der Hauptstadtregion Schweiz, der vierten Metropolitanregion in der Schweiz, und engagiert sich mit den übrigen Partnerkantonen für konkrete Projekte.
- > Freiburg vertieft seine Beziehungen zu den Nachbarkantonen, aber auch zu anderen interessierten Regionen weiter.
- > Freiburg bemüht sich, seine Kompetenzen und Werte national und international vermehrt zu betonen.

5.1 Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2019 vier Plenarversammlungen ab. Im Bereich der Innenpolitik haben mehrere Dossiers die Arbeiten der KdK geprägt, zu nennen sind die Unternehmenssteuerreform und die Zusatzfinanzierung der AHV. Da sie direkt davon betroffen sind, haben sich die Kantone zusammen mit dem Bundesrat entschieden für ein Projekt, das so lange erwartet wurde und so nötig ist, eingesetzt. Insbesondere erwartet wurde es auch von den Unternehmen, die sich juristisch Stabilität und Sicherheit dank Übereinstimmung mit den Steuerpraktiken auf internationalem Niveau wünschen. Schliesslich ist es notwendig, um den AHV-Fonds zu konsolidieren und neue Perspektiven für die Rentenreform (AHV 21) zu ermöglichen.

Ebenfalls im Bereich der Steuern haben die Kantone erste Schritte in Richtung der Entflechtung von mehreren Aufgaben zwischen Bund und Kantonen unternommen, indem sie sich, trotz der Zurückhaltung von einigen von ihnen – darunter Freiburg – ein Handlungsmandat im Bereich der Verkehrspolitik gaben. Weiteren gewichtigen Dossiers wurde im Jahr 2019 ein spezielles Augenmerk geschenkt, so etwa der Weiterverfolgung der E-Government-Strategie, der Reform im Bereich Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Gesundheitskosten

(EFAS), dem Legislaturprogramm des Bundesrats für die eben beginnende Legislatur oder auch der heiklen Frage des Stimmbezugs der Kantone anlässlich von Abstimmungskampagnen. Nach mehreren Entscheidungen des Bundesgerichts über Beschwerden haben sich die Kantone entschlossen, die Zuständigkeiten der kantonalen Behörden in diesem Bereich zu klären, wofür der KdK eine vorrangige Rolle zukommt.

Im Bereich der Europapolitik hat die KdK die intensiven Diskussionen rund um das Institutionelle Rahmenabkommen, das zwischen Bern und Brüssel verhandelt wurde, eng verfolgt. Die Vernehmlassung hat unter den Kantonen den faktisch einstimmigen – und von Freiburg geteilten – Willen gezeigt, auf dem bilateralen Weg weiterzugehen. Diese Absicht und die Entschlossenheit, dieses prioritäre Dossier zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, ist ein positives Zeichen, wird aber von drei wesentlichen Vorbehalten begleitet. Sie betreffen die Frage der staatlichen Beihilfen, den Lohnschutz im Rahmen des freien Personenverkehrs und die Unionsbürgerschafts-Richtlinie, die namentlich den Zugang europäischer Bürger in der Schweiz zu den Sozialleistungen regelt. Aufgrund dieser Vorbehalte hat der Bundesrat im Juni 2019 in Brüssel seine Absicht kundgetan, das Rahmenabkommen in Teilen neu zu verhandeln, was bei der Europäischen Kommission zu Unverständnis sowie zur Aufhebung der Anerkennung der schweizerischen Börsenäquivalenz führte. Während das Dossier von den politischen Parteien im Rahmen des Wahlkampfes auf eidgenössischer Ebene aussenvorgehalten wurde, steht es seither in einer Art «Wartestatus»; es wird vom Bundesrat nach der Abstimmung vom Mai 2020 wieder aufgenommen. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen sich dann zu einem Text der SVP äussern, mit dem die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU verlangt wird. Diese Initiative für eine massvolle Zuwanderung mit der Bezeichnung «Begrenzungsinitiative» wirft aufgrund der lebenswichtigen Bedrohungen, die diese für alle bilateralen Abkommen der ersten Generation darstellt, ernsthafte Bedenken bei den Kantonsregierungen auf. Auch wenn die Abstimmung darüber für Mai 2020 vorgesehen ist, hat die KdK ihre Haltung bereits im Herbst 2019 festgelegt, um die Entschlossenheit der Kantone zu betonen, sich gegen einen Text zu wenden, der für Bund und Kantone eine gefährliche Wirkung hat.

5.2 ch Stiftung

Die Stiftung wurde von den 26 Kantonen gegründet, die alle im Stiftungsrat vertreten sind. Die Stiftung spielt eine Rolle bei der Koordination unter den Mitgliedern, fördert den Föderalismus und sorgt für die Erhaltung der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in der Schweiz. Sie führt auch das Sekretariat der KdK und das Haus der Kantone in Bern, das die Sekretariate mehrerer interkantonalen Konferenzen beherbergt. Die Staatskanzlerin ist Mitglied des Stiftungsrats. Sie ist, als Vertreterin der Staatsschreiberkonferenz, ebenfalls Mitglied des Leitungsausschusses, der zweimal im Jahr zusammentritt.

Die Entwicklung der Institution ch Stiftung hat den Vorstand im Jahr 2019 weiter beansprucht. Es wurden gewisse Anpassungen ihrer Gründungsakte angebracht, die namentlich zu einer Steuerbefreiung beitragen. Ebenfalls wurde deren Organisationsreglement, das aus dem Jahr 1993 stammt, modernisiert. Die Entwicklung des Föderalismus-Monitoring-Konzepts und des dazugehörigen Cockpits war ein zentraler Punkt der Tätigkeit der Stiftung im Jahr 2019. Mit dem Arbeitsprogramm 2021-2024 wurde entschieden, drei neue Projekte zu verfolgen: Veranstaltung eines Seminars zu den Grundlagen des Föderalismus für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der Medien; ein Projekt zur Förderung des Verständnisses des Föderalismus für die Jungen; ein Arbeitsprojekt im Bereich der Transformation des Mediensektors und der Medienkonzentration. Zu diesem Thema hat die Stiftung ch 2019 eine nationale Konferenz über die Transformation der Medien organisiert, an welcher der kantonale Beauftragte für Aussenbeziehungen als Moderator wirkte.

5.3 Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich in den Strukturen, aber auch in den Tätigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. So wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Die Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Vizepräsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Der Staatsrat ist auch stark bei Regionalkonferenzen, namentlich in der Westschweiz, engagiert. Der Finanzdirektor ist Präsident der Lateinischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FIDK) und der Westschweizer Konferenz für Lotterie und Glücksspiele (CRLJ). Der Erziehungsdirektor wurde für das Jahr 2020 zum Präsidenten der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der

französischen Schweiz und des Tessins (CIIP) gewählt. Jede Direktion informiert in ihrem Bericht über die laufenden interkantonalen Tätigkeiten in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Zurzeit werden in den Direktorenkonferenzen 12 interkantonale Vereinbarungen, im Wesentlichen mit nationaler Tragweite, ausgearbeitet und verhandelt oder den kantonalen Parlamenten zur Ratifizierung unterbreitet.

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand
1	Interkantonale Universitätsvereinbarung (Totalrevision)	2021	Alle Kantone	EKSD	EDK	Befindet sich in Ratifizierung
2	Westschweizer Geldspielkonkordat (CORJA)	01.01.2021	Westschweizer Kantone	SJD/FIND	-	Befindet sich in Ratifizierung
3	Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat (GSK)	01.01.2021	Kantone	SJD/FIND	-	Befindet sich in Ratifizierung
4	Zusammenschluss der Gemeinden Murten (FR) – Clavaleyres (BE) – Gebietsänderungskonkordat	01.01.2021	FR, BE	ILFD	-	Obligatorische Volksabstimmung am 09.02.2020 Andere themenspezifische Vereinbarungen sind in Vorbereitung
5	Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich durch die Kantone (Weiterbildungsfinanzierung WFV)	01.01.2021	Alle Kantone	GSD	SDK	Gesetz zum Beitritt und Botschaft in Vorbereitung
6	Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	Unbekannt	Alle Kantone	RUBD	BPUK	Verabschiedung durch die interkantonale Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) am 15. November
7	Interkantonale Vereinbarung CARA über das elektronische Patienten-dossier	2021	FR-VD-GE-VS-JU	GSD	--	Wird gegenwärtig ausgearbeitet
8	Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Gesundheitskräfte bei ausserordentlichen Ereignissen	01.01.2020	Alle westschweizerischen Kantone	GSD	CLASS	Wird gegenwärtig ausgearbeitet
9	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) - Änderung	01.01.2020	Alle	GSD	SODK	Gesetz zum Beitritt und Botschaft in Vorbereitung
10	Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg, Waadt und Genf (SIERA).	01.01.2019	GE, VD, FR	RUBD	-	Gesetz vom 08.11.2018 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz, (SIERA)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand
11	Vereinbarung zum Einsatz und der Bewirtschaftung eines Sanitätspostens	01.01.2020	VD, FR	GSD		Befindet sich in Ratifizierung
12	Vereinbarung zum Einsatz und der Bewirtschaftung eines Sanitätspostens	01.01.2020	VD, FR und Montagny	GSD		Befindet sich in Ratifizierung

5.4 Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

Der Vorstand der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) trat 2019 dreimal zusammen. Die Präsidentschaft hat der Kanton Wallis inne, auf den vom 1. Januar 2020 an der Kanton Waadt folgt.

Mit Stellungnahmen zuhanden der Mitglieder des Bundesrats und des Bundesparlaments haben die Mitglieder der WRK versucht, ihre Interessen geltend zu machen und die Beratungen und Entscheide in den Dossiers, die für die Region von besonderer Bedeutung sind, zu beeinflussen.

Die WRK hat die Diskussionen rund um das Rahmenabkommen mit Brüssel eng mitverfolgt, namentlich angesichts der Stellungnahme der Kantone, die von der KdK verabschiedet wurde. Die Konferenz interessierte sich auch intensiv für die Abstimmung vom Mai 2019 zur Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands), die für die Westschweiz besonders bedeutend war. Vor allem ging es dabei darum, zu verhindern, dass eine eventuelle Ablehnung keine negativen Einflüsse auf die Tourismusbranche hat. Die WRK hat öffentlich Stellung für die STAF bezogen, ebenfalls in Zusammenhang mit den Reform-Herausforderungen der Westschweizer Kantone. Weitere aktuelle Themen, die von der WRK bearbeitet wurden: die Digitalisierung, die Fähigkeit der sektoriellen und Regierungskonferenzen, sich im Zusammenhang mit Abstimmungskampagnen zu äussern, das Bundesgesetz über Übernahmeangebote, die Botschaft zur Förderung der Kultur 2021-2024 des Bundesrats, und auch die Medienpolitik (Massnahmenpaket von Simonetta Sommaruga vom August 2019 und Selbstuntersuchung der SRG zum öffentlichen Wert ihres Unternehmens).

Unter den diversen Themen hat eines zu einer besonderen Mobilisierung seitens der Mitgliedskantone der WRK geführt: die Motion Baumann zu den Gesamtarbeitsverträgen. Diese Motion, die im Ständerat behandelt wurde, verlangte, dass die nationalen GAV dem kantonalen Recht vorgehen, was für die Kantone aus der Sicht von deren Souveränität nur schwer akzeptierbar ist. Die WRK hat von der zuständigen Kommission des Ständerates die Aufgabe erhalten, die zuständigen Vertreter der Kantone Jura und Neuenburg zu empfangen, um die Auswirkung dieses Vorschlags, namentlich auf die geltenden Mindestlöhne in diesen Kantonen, zu erläutern. Am 19. Dezember hat der Ständerat entgegen der Empfehlung der entsprechenden Kommission die entsprechende Motion bachab geschickt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Finanz- und Volkswirtschaftsdirektoren im November 2019 Teil der Delegation der WRK waren, die sich auf Informationsreise nach Brüssel begab. Sie wurden von einer Delegation von Vertreterinnen und Vertretern der westschweizerischen Wirtschaft, darunter auch von mehreren Freiburgerinnen und Freiburgern, begleitet. Das Ziel der Reise war es, sich im Herzen der europäischen Institutionen mit verschiedensten Austauschen, die von der Schweizerischen Botschaft in Brüssel organisiert wurden, entsprechend den von den Kantonen vertretenen Interessen nach den politischen Perspektiven im Zusammenhang mit dem institutionellen Rahmenabkommen zu erkundigen.

Schliesslich hat die WRK im November 2019 in der Person von Jean-Pierre Siggen, Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektor, ihren neuen Vertreter im Steuerungsausschuss von E-Government Schweiz bestimmt.

5.5 Bilaterale Treffen zwischen Regierungen

Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen auf bilateraler Ebene wurde durch drei Treffen gekennzeichnet, den Treffen mit den Kantonen Jura (18. und 19. Juni), Wallis (27. und 28. August) und Neuenburg (12. November).

Diese Treffen sind Ausdruck der Absicht des Staatsrates des Kantons Freiburg, sich regelmässig mit den westschweizerischen Kantonen auszutauschen. Im Rahmen der Arbeitssitzungen wurden verschiedene Themen behandelt, so etwa die Entwicklung des E-Governments und die Aussichten auf eine gemeinsame Zusammenarbeit in diesem Bereich, der Umgang mit Autismus, die UNO-Vereinbarung über Menschen mit Behinderung, die Umsetzung des revidierten Geldspielgesetzes, die Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten, die politischen Bestrebungen zur Unterstützungen der Bergbahnen, die Zukunft der Fischzuchtanlage Estavayer-le-Lac, die Kormorane, die Bevölkerungsbewegungen oder auch verschiedene Dossiers mit Herausforderungen auf Bundesebene, die einen Einfluss auf die Kantone haben. Die Regierungen konnten ihre Erfahrungen teilen sowie sich gegenseitig ihre Standpunkte zu den Themenbereichen erläutern und in einigen Schlüsseldossiers Strategien entwickeln, um ihre Kräfte zu bündeln.

5.6 Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständerätinnen und -räten und zu den Bundesbehörden

Die vier Begegnungen, die im Laufe des Jahres 2019 zwischen dem Staatsrat und den Freiburger Mitgliedern der Bundesversammlung veranstaltet wurden, ermöglichten es verschiedene prioritäre Dossiers auf eidgenössischer Ebene aufmerksam zu prüfen, namentlich das Dossier Agroscope, das Infrastrukturprogramm STEP, die Unternehmenssteuerreform, die Digitalisierung (E-Voting und digitale Identität), die Besteuerung von Ehepaaren, das Jagdgesetz, die Landwirtschaftspolitik 22+, das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen, das CO₂-Gesetz, die allgemeine Nutzung der AHV-Nummer, die Spital- (EFAS) und die Universitätsfinanzierung (Botschaft FRI), die grundsätzliche Finanzierung des Kompetenzzentrums der Universität Freiburg für den Föderalismus, die Besteuerung des Eigenmietwerts oder auch die Konsolidierung des ASTRA-Standorts in der Broye.

5.7 Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf über 120 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen und verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet. Eine vollständige Liste der Vernehmlassungen, an denen sich der Kanton 2019 beteiligt hat, befindet sich im Sonderdruck über die Aussenbeziehungen des Kantons und auf der Website des Staates unter der folgenden Webadresse:

<https://www.fr.ch/de/ab/institutionen-und-politische-rechte/regierung-und-verwaltung/antworten-des-staatsrates-zu-den-vernehmlassungen-des-bundes>.

6 Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2019 gefassten Beschlüsse

(Art. 198 Abs. 3 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006)

Im Laufe des Jahres 2019 hat sich der Grosse Rat zu 10 Gesetzesentwürfen und 18 Dekretsentwürfen geäussert. Rund 36 % der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, nämlich 3 Gesetze und 7 Dekrete, haben in finanzieller Hinsicht keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen.

Mit Vorbehalten aufgrund der Schwierigkeiten, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Erfolgsrechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen, können die

finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden.

6.1 Investitionsrechnung

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr 5 Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von 44 725 500 Franken entsprechen. Bei den drei grössten Geschäften ging es um die Verpflichtungskredite für die Anpassung der Bushaltestellen auf den Kantonsstrassen an die Vorgaben des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (21 228 000 Franken) und für den Ersatzneubau der SBB-Überführung sowie die Einrichtung eines Busstreifens und von Radstreifen auf der Route de la Fonderie in Freiburg (8 290 000 Franken) sowie um einen Verpflichtungskredit für die Subventionierung eines Schwimmbads im Rahmen des Neubaus einer Schul- und Sportanlage mit Schwimmbad in Romont (6 000 000 Franken). Dazu kommt das Dekret über die zusätzliche finanzielle Unterstützung des Staates mit 10 000 000 Franken in Form einer nicht rückzahlbaren Finanzhilfe für die Finanzierung des SICHH als Technologiekompetenzzentrum.

6.2 Erfolgsrechnung

Die signifikanten Auswirkungen von 7 Gesetzen und 5 Dekreten auf die Erfolgsrechnung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- > Das Energiegesetz sieht die Einführung der Sondermassnahme beim Ersatz von Elektroheizungen vor, die bis Ende 2025 schätzungsweise 24 Millionen Franken kosten dürfte.
- > Die Netto-Personalausgaben dürften aufgrund der Schaffung neuer Stellen im Rahmen des Voranschlags 2020 um annähernd 14,6 Millionen Franken zunehmen (etwas über 148 zusätzliche Stellen).
- > Das Schulgesetz und das Gesetz über die Sonderpädagogik haben für den Staat jährliche Mehrkosten von 3,5 Millionen Franken mit der Variante 1, bzw. 7 Millionen Franken mit der Variante 2 zur Folge.
- > 4 Dekrete über Gemeindezusammenschlüsse kosten den Staat für seine finanzielle Unterstützung insgesamt 2 249 880 Franken.
- > Das Gesetz über die aktive Bodenpolitik (ABPG) sieht eine anfängliche Dotierung von 2 Millionen Franken zur Finanzierung des Betriebsaufwands der Kantonalen Anstalt für die aktive Bodenpolitik (KAAB) vor.
- > Diverse weitere Gesetzesbestimmungen führen zu Mehrkosten in Höhe von 0,6 Millionen Franken, aber auch zu Einnahmenausfällen von etwa 0,1 Millionen Franken.

Im Jahr 2019 hat eine einzige vom Grossen Rat an den Entwürfen des Staatsrats vorgenommene Änderung die vorgesehenen Ausgaben in die Höhe getrieben. So hat der Grosse Rat beschlossen, weitere 600 000 Franken für die Schaffung von 5 (VZÄ) neue zusätzliche Stellen im Jugendamt (GSD) zu bewilligen. Die Netto-Personalausgaben dürften aufgrund der Schaffung neuer Stellen im Rahmen des Voranschlags 2020 um annähernd 15,2 Millionen Franken zunehmen (etwas über 153 zusätzliche Stellen).

Der Grosse Rat hat sich bei den Änderungen des Schulgesetzes und des Gesetzes über die Sonderpädagogik übrigens für Variante 2 entschieden, die für den Staat finanziell stärker ins Gewicht fällt und ihn jährlich 6 962 000 Franken mehr kostet, die Gemeinden hingegen jährlich 452 000 Franken weniger.

6.3 Gesetzes- und Dekretsentwürfe, die im Jahr 2019 geprüft wurden (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

				Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats		
				<i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	<u>personell</u>	<u>finanziell</u>	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit für den Ersatzneubau der SBB-Überführung sowie die Einrichtung eines Busstreifens und von Radstreifen auf der Route de la Fonderie in Freiburg	2018-RUBD-171	RUBD	05.02.19			Ausgaben: + 8 290 000 Fr.
D über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2018	2018-FIND-125	FIND	05.02.19		Keine finanziellen Auswirkungen.	
G zur Änderung der Verwendung des bei der Auflösung der Schülerunfallversicherung geäußerten Fonds	2018-GSD-70	GSD	06.02.19		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen.	
D über einen Verpflichtungskredit für die Anpassung der Bushaltestellen auf den Kantonsstrassen an die Vorgaben des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen	2018-RUBD-155	RUBD	27.03.19			Ausgaben: + 21 228 000 Fr.
D über die Einbürgerungen	2018-ILFD-27	ILFD	27.03.19		Keine finanziellen Auswirkungen.	
G zur Änderung des Schulgesetzes (Schulgesetz, SchG) und des Gesetzes über die Sonderpädagogik (SPG)	2018-EKSD-39	EKSD	27.03.19		Der Entwurf führt zu neuen Aufwendungen für die Schaffung von Relaisklassen für den 1. und 2. Zyklus, einem Lastentransfer von den Gemeinden zum Staat in Zusammenhang mit Schulkreiswechseln und zwei Varianten für die Übernahme der bisher den Eltern in Rechnung gestellten Kosten für Schul- und Unterrichtsmaterial. Diese Änderungen führen zu jährlichen Mehrkosten für den Staat von insgesamt 3 462 000 Fr. mit der Variante 1 und 6 962 000 Fr. mit der Variante 2. GR: Variante 2 wurde gewählt, mit jährlichen Mehrkosten von 6 962 000 Fr. für den Staat und einer jährlichen Kostensenkung um 452 000 Fr. für die Gemeinden	
D über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Berufsfachschule Freiburg	2018-VWD-48	VWD	28.03.19			Ausgaben: + 5 082 500 Fr.

				Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	<u>personell</u>	<u>finanziell</u>	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D Zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2018	2018-FIND-37	FIND	22.05.19		Keine finanziellen Auswirkungen.	
D über einen Verpflichtungskredit für Studien für die Überdeckung des Autobahnabschnitts der N12 und die städtebauliche Entwicklung im Sektor Chamblieux-Bertigny	2018-RUBD-187	RUBD	23.05.19			Ausgaben: + 4 125 000 Fr.
D zur Genehmigung des Zusammenschlusses der Gemeinden Clavaleyres und Murten	2018-ILFD-31	ILFD	24.05.19		Finanzhilfe des Staates im Betrag von 9 600 Fr.	
D über einen Verpflichtungskredit für die Subventionierung eines Schwimmbads im Rahmen des Neubaus einer Schul- und Sportanlage mit Schwimmbad in Romont	2019-EKSD-7	EKSD	24.05.19			Ausgaben: + 6 000 000 Fr.
D zur Genehmigung des Zusammenschlusses der Gemeinden La Folliaz und Villaz-Saint-Pierre	2018-ILFD-25	ILFD	25.06.19		Finanzhilfe des Staates im Betrag von 373 800 Fr.	
D zur Genehmigung des Zusammenschlusses der Gemeinden Corserey, Noréaz und Prez-vers-Noréaz	2018-ILFD-32	ILFD	25.06.19		Finanzhilfe des Staates im Betrag von 391 380 Fr.	
D über die Einbürgerungen	2019-ILFD-4	ILFD	25.06.19		Keine finanziellen Auswirkungen.	
G über den Beitritt zum Gebietsänderungskonkordat über den Wechsel der bernischen Einwohnergemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg	2018-ILFD-35	ILFD	25.06.19		Die finanzielle Auswirkung des Gesetzesentwurfs besteht in der Organisation einer Volksabstimmung, deren Mehrkosten auf 125 000 Fr. geschätzt werden können.	
G zur Änderung des Energiegesetzes	2018-VWD-6	VWD	27.06.19		Die finanziellen Auswirkungen des Entwurfs betreffen hauptsächlich Kosten für die Einführung der Sondermassnahme beim Ersatz von Elektroheizungen, die sich bis 31.12.2025 auf schätzungsweise 24 000 000 Fr. belaufen dürften. Dieser Betrag wird zu 1/3 über einen kantonalen Energiefonds und zu 2/3 über die Globalbeiträge des Bundes finanziert.	
G zur Änderung des Jugendgesetzes	2019-GSD-26	GSD	11.09.19		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen.	

				<u>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</u> GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	<u>personell</u>	<u>finanziell</u>	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Schwarzarbeit)	2018-VWD-5	VWD	12.09.19	+ 1 VZÄ für eine 2019 dem Amt für den Arbeitsmarkt, (Abteilung «Arbeitsmarkt») gewährte neue Stelle.	Der Gesetzesentwurf hat abgesehen von den Auswirkungen auf den Personalbestand mit rund 150 000 Fr. jährlich nur geringe finanzielle Auswirkungen. Die Grundinvestitionen in Überwachungsmaterial zur ordnungsgemässen Erfüllung der Ermittlungsaufgaben werden auf 50 000 Fr. im ersten und jeweils 10 000 Fr. für die folgenden drei Jahre geschätzt, was einem Total von 80 000 Fr. für den fraglichen Zeitraum entspricht. Die Betriebskosten werden auf 100 000 Fr. pro Jahr geschätzt, wenn diese Aufgabe der Abteilung «Arbeitsmarkt» übertragen wird.	
G zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	2018-SJD-117	SJD	16.10.19	+ 2 – 3 VZÄ, die über Stellenumwandlungen dem ordentlichen Kontingent der Kantonspolizei entnommen werden.	Die finanziellen Auswirkungen bestehen hauptsächlich in ordentlichen Ausgaben für das notwendige Büromobiliar sowie den auf rund 110 000 Franken/Jahr geschätzten personellen Gesamtkosten. Sobald die Abteilung Bedrohungsmanagement eingerichtet ist, wird noch zu prüfen sein, ob die Software Octagon zweckmässig ist. Die Kosten für diese spezifischen IT-Bedürfnisse lassen sich mit rund 20 000 Fr. veranschlagen.	
D über die Einbürgerungen	2019-ILFD-17	ILFD	17.10.19		Keine finanziellen Auswirkungen.	
D über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Einführung einer Lenkungsabgabe für den Flugverkehr)	2019-RUBD-132	RUBD	18.10.19		Keine finanziellen Auswirkungen.	

				Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretsentswurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	personell	finanziell	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G über die aktive Bodenpolitik (ABPG)	2017-VWD-60	VWD	18.10.19	Der Gesetzesentwurf hat keine direkte Auswirkung auf das Staatspersonal.	Der Entwurf sieht eine anfängliche Dotierung von 2 000 000 Fr. zur Finanzierung des Betriebsaufwands der Kantonalen Anstalt für die aktive Bodenpolitik (KAAB). Dieses Kapital wird vom Fonds für die aktive Bodenpolitik abgebucht.	
D zum Entwurf des Voranschlags des Staates Freiburg für das Jahr 2020 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2021-2023	2018-FIND-127	FIND	20.11.19	+ 148,34 VZÄ (neue und zusätzliche Stellen). <i>GR: + 153,34 VZÄ (+ 5 VZÄ neue zusätzliche Stellen im Jugendamt bei der GSD).</i>	Neue Stellen und zusätzliche Stellen: Bruttoaufwand: + 20 464 450 Fr. Nettoaufwand: + 14 573 350 Fr. <i>GR: + 600 000 Fr. für die 5 zusätzlichen VZÄ.</i> Bruttoaufwand: + 21 064 450 Fr. Nettoaufwand: + 15 173 350 Fr.	
G über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2020	2019-FIND-47	FIND	20.11.19		Keine finanziellen Auswirkungen, da die Steuerfüsse für 2020 bei 100 % bleiben.	
G zur Änderung des Gesetzes über die Kantonssteuern und des Sozialhilfegesetzes	2019-FIND-22	FIND	21.11.19		Die Erhöhung des Abzugs für steuerpflichtige Personen in der Lehre oder im Studium führt zu Steuerausfällen von schätzungsweise 178 000 Fr. (Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer). Die weiteren vorgeschlagenen Änderungen haben keinerlei finanzielle Konsequenzen.	
D zur Genehmigung des Zusammenschlusses der Gemeinden Alterswil, St. Antoni und Tafers	2019-ILFD-5	ILFD	17.12.19		Finanzhilfe des Staates im Betrag von 1 475 100 Fr.	
D über die Einbürgerungen	2019-ILFD-32	ILFD	17.12.19		Keine finanziellen Auswirkungen.	
D über die Finanzierung des SICHH als Technologiekompetenzzentrum	2019-EKSD-52	EKSD	20.12.19			Zusätzliche finanzielle Unterstützung des Staates von 10 000 000 Fr. in Form einer nicht rückzahlbaren Finanzhilfe.

7 Personalbestand

Behörden – Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2019 VZA	Rechnung 2018 VZA	Differenz VZA
Behörden und Direktionen	8505,26	8403,65	101,61
Gesetzgebende Behörde	7,00	6,80	0,20
Richterliche Behörde	327,12	321,86	5,26
Vollziehende Behörde	6,91	7,00	-0,09
Staatskanzlei	46,55	44,48	2,07
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	4783,60	4732,02	51,58
Sicherheits- und Justizdirektion	967,31	954,65	12,66
Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft	450,04	448,89	1,15
Volkswirtschaftsdirektion	898,00	879,88	18,12
Direktion für Gesundheit und Soziales	161,44	157,51	3,93
Finanzdirektion	448,16	447,78	0,38
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	409,13	402,78	6,35
Sektoren	8505,26	8403,65	101,61
Zentralverwaltung	2936,95	2900,59	36,36
Unterrichtswesen	5230,01	5165,05	64,96
Spitalwesen	17,41	17,45	-0,04
Besondere Sektoren und Anstalten des Staates	320,89	320,56	0,33

8 Parlamentarische Vorstösse

Die ausführlichen Informationen und der Stand der Behandlung aller parlamentarischen Vorstösse können auf der Website des Grossen Rates (<https://www.fr.ch/de/gr/institutionen-und-politische-rechte/parlament/parlamentarische-vorstoesse>) eingesehen werden.

Motionen, Postulate, Aufträge und Volksmotionen

	Dem Staatsrat im Jahr 2019 überwiesen	Beim Staatsrat in Behandlung	Direkte Folge oder Bericht wurde vom Staatsrat über- wiesen	Beim Grossen Rat in Behandlung	Vom Grossen Rat angenom- men	Vom Grossen Rat abgelehnt	Von den Verfasserinnen und Verfassern zurückgezogen
Motionen	40 (29*)	17	0	4	10	6	3
Postulate	19 (14*)	5	3	3	7	0	1
Aufträge	6 (9*)	3	0	0	2	1	0
Volksmotionen	0 (0*)	0	0	0	0	0	0

Anfragen

Der Staatsrat nahm 94 (81*) Anfragen von Grossrätinnen und Grossräten entgegen.

*: Zahlen 2018